

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonntags.

Preis vierteljährlich durch die Post bezogen 1,20 Mk. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6462.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: 50 Pf. für die 3 gepalt. Zeilen. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postfachkonto: Nr. 358 15 Postfachamt Hannover.

Verlag von A. Brey. Druck von E. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Redaktionschluss: Montag morgen 9 Uhr. Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Prüll, Hannover.

Redaktion und Expedition: Hannover M., Rathenauplatz 8. Fernsprechanrufnummer 2 28 41 und 2 28 42.

Die Ersatzpflicht des Unterstützten in der Wohlfahrtspflege.

Die von den Wohlfahrtsämtern gezahlte Unterstützung, welche bei Hilfsbedürftigkeit des Empfängers gegeben wurde, kann, wenn die Verwandten gerader Linie nicht vollerfassungsfähig waren (siehe „Proletarier“, Nr. 48, vom 29. November 1930), auch nach Beendigung der Hilfsbedürftigkeit von dem Unterstützten wieder ganz oder teilweise eingezogen werden, sobald die Voraussetzungen dazu gegeben sind. Eine Verpflichtung der Wohlfahrtsämter, die gezahlte Unterstützung wieder einzuziehen, ist im Gesetz nicht vorgesehen; jedoch die anhaltende Finanznot der Gemeinden und die Abwehr unberechtigter Ansprüche zwingen die Gemeinden, aus der gesetzlichen Ermächtigung eine Ersatzpflicht zu machen. Da viele Verbandsmitglieder in den meisten Fällen als beim Arbeitsamt ausgesteuerte Arbeitslose, die Unterstützung durch die Wohlfahrtsämter in Anspruch nehmen mußten bzw. noch nehmen müssen, sei im nachstehenden die Ersatzpflicht des Unterstützten nach den gesetzlichen Bestimmungen behandelt.

Die rechtlichen Unterlagen zur Regelung dieser Frage gaben die Verordnung über die Fürsorgepflicht (FV) vom 13. Februar 1924, die dazu erlassenen Reichsgrundsätze (RG.) und die Ausführungsgeetze (AG.) der einzelnen Länder. Da die AG. aller Länder in vielem übereinstimmen, soll im weiteren das Preussische Ausführungsgezet (PrAG.) herangezogen werden.

So sagt die FV. im § 2:

„Das Land bestimmt im Rahmen der reichsrechtlichen Vorschriften, inwieweit ein Hilfsbedürftiger, der zu hinreichendem Vermögen oder Einkommen gelangt, die aufgewendeten Kosten dem Fürsorgeverbande zu ersetzen hat.“

Der Erbschaft kann auch gegenüber dem Erben des Hilfsbedürftigen geltend gemacht werden; er gilt als Nachlassverbindlichkeit (§ 1967 BGB.).“

In den RG. § 9 heißt es:

„Muss die Fürsorge eintreten, weil das Vermögen oder Einkommen des Hilfsbedürftigen vorerst nicht verwertet werden kann oder soll, so kann sie ihre Hilfe ausdrücklich von der Verpflichtung abhängig machen, die aufgewendeten Kosten zurückzahlen. Dasselbe gilt, wenn der Hilfsbedürftige später Vermögen oder hinreichendes Einkommen zu erwarten hat... Die Zurückzahlung soll in der Regel nur ausbedungen werden, wenn sie voraussichtlich ohne besondere Härte möglich ist.“

Das Pr. AG. sagt im § 30 Abs. 5:

„Sowohl bei der Ersatzleistung durch Drittverpflichtete als auch durch nachträglich zu Vermögen und Einkommen gelangte Hilfsbedürftige ist weitestgehende Rücksicht darauf zu nehmen, daß nicht durch die Art der Kosteneinzahlung die wirtschaftliche Existenz des Selbst- oder Drittverpflichteten gefährdet wird.“

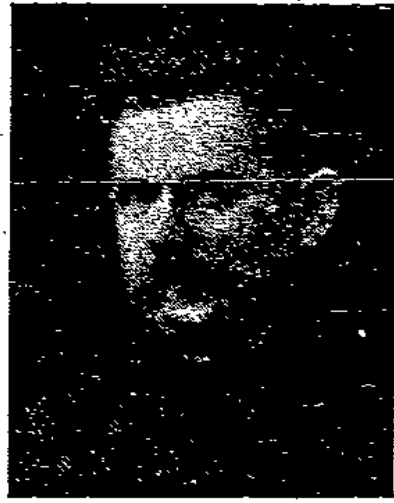
Wie aus vorstehendem ersichtlich ist, sind klare gesetzliche Bestimmungen, nach welchen die Ersatzpflicht des Unterstützten geregelt ist, nicht vorhanden, weshalb dann auch unter den Juristen über die Frage, wann sind die Voraussetzungen zur Ersatzpflicht erfüllt, das größte Durcheinander herrscht. So vertritt ein Juristenkreis den Standpunkt, die Voraussetzung sei erfüllt, wenn das Einkommen den im Lohnbeschlagnahmengesetz geschätzten Teil überschreite, während wieder andere Juristen meinen, sobald das Notdürftigste des Lebensunterhaltes gesichert sei, könne der verbleibende Teil des Einkommens, ähnlich wie im Paragraphen 1603 BGB., zur Ersatzleistung herangezogen werden. Daß jede Richtung in langen Abhandlungen auch die juristischen Begründungen glaubt beibringen zu müssen, ist wohl leicht erklärlich, und wird so lange anhalten, bis höchstinstanzliche Urteile die Angelegenheit endgültig klären. Nicht unerwähnt soll in diesem Zusammenhang bleiben, daß auch über die Verzögerung der Ersatzpflicht das gleiche Durcheinander besteht.

Wenn bisher in der Ersatzpflicht des Unterstützten noch keine durchgreifenden gerichtlichen Entscheidungen vorliegen, so liegt das wohl daran, daß bisher nur selten jüngere Personen die Unterstützung durch die Wohlfahrtsämter in Anspruch nahmen und dann wieder zu hinreichendem Einkommen kamen. Ferner, daß die ersatzpflichtigen Beträge nur kleine Summen waren und daher die Entscheidung der Amtsgerichte als erste Instanz anerkannt wurde. Für die Zukunft wird dies leider anders werden; denn an zur Zeit 700 000 ausgesteuerte Arbeitslose, die bereits von der Wohlfahrtspflege unterstützt werden müssen, werden die Gemeinden Ersatzansprüche stellen, sobald der ehemalige Unterstützte wieder in Arbeit tritt. Da werden die Gewerkschaften eingreifen müssen, damit nicht unverschuldet in Not geratene Mitglieder mit einer Wohlfahrtslast von 1000 Mk. und mehr in Arbeit treten und ihnen dann die Woche 5 Mk. und mehr zur Ersatzleistung an das Wohlfahrtsamt vom Lohn einbehalten werden. Wie aus den vorstehenden gesetzlichen Bestimmungen ersichtlich, wollte der Gesetzgeber die Ersatzpflicht nur zulassen, wenn dies ohne besondere Härte möglich ist. Wenn schon eine Ersatzpflicht angenommen werden soll, die ja in der Entscheidung der Bezirksfürsorgeverbände liegt — eine dankenswerte Aufgabe zur Mitarbeit unserer Vertretungen in den Kreis- bzw. Stadtparlamenten —, dann nur unter Bewilligung einer Schonfrist von mindestens einem Jahr und unter Heranziehung der Pfändungsfreigrenze (zur Zeit 195 Mk. monatlich) nach dem Lohnbeschlagnahmengesetz und

Abgrenzung der Ersatzleistung auf einen bestimmten Betrag, der unter Berücksichtigung der gesamten Familienverhältnisse festzusetzen ist. Am richtigsten wäre wohl die vollständige Streichung der Wohlfahrtschuld, da der ausgesteuerte Arbeitslose, der arbeitswillig, unverschuldet in die Schuld beim Wohlfahrtsamt geraten ist. Soll jedoch eine gerechte Lösung dieser Angelegenheit erfolgen, so müßte der Antrag der Sozialdemokratischen Partei, der m. W. im Einverständnis mit den Gewerkschaften ausgearbeitet wurde und die Schaffung eines Gesetzes über Arbeitslosenfürsorge verlangt, nach welchem die Lasten der Unterstützung für ausgesteuerte Arbeitslose, ohne Begrenzung einer Unterstützungsdauer, von Reich, Ländern und Gemeinden getragen werden, im Reichstage Annahme finden. Bei der Beratung des vorbenannten Gesetzesentwurfes müßte auch die Ersatzpflicht derjenigen Unterstützten, die bisher schon als beim Arbeitsamt ausgesteuerte Arbeitslosen die Hilfe der Wohlfahrtspflege in Anspruch nehmen mußten, durch gesetzliche Niederschlagung mit geregelt werden; denn mit über 1000 Mk. Schulden beim Wohlfahrtsamt in Arbeit zu treten und dabei eine Gemeinde als Gläubiger zu haben, die auch versuchen wird, die Schuld bis auf den letzten Pfennig beizutreiben, ist für den Arbeiter unerträglich. Herm. Lamprecht, Frankfurt a. M.-Höchst.

Otto Contenius 25 Jahre Verbandsangestellter.

Am 15. Januar dieses Jahres beging Kollege Contenius sein 25jähriges Jubiläum als Angestellter der Zahlstelle Hannover. Die organisatorische und finanzielle Erstarkung der Zahlstelle Hannover vor 25 Jahren sowie die Fülle der zu erledigenden Arbeiten und Aufgaben machten es notwendig, daß die Zahlstelle in den letzten Monaten des Jahres 1905 erneut zu der Anstellung eines Kollegen Stellung nehmen mußte, um dem schon amtierenden Kollegen Onken eine zweite Kraft beizugeben. Die Wahl fiel auf den Kollegen Contenius, der damals in Lübeck in einer Bilderrahmenfabrik beschäftigt war, jedoch früher schon viele Jahre in Hannover gearbeitet hatte, also mit den hannoverschen Verhältnissen vertraut war. Auch in Lübeck genoss Contenius das Vertrauen seiner Verbandskollegen, die ihm schon nach kurzer Zeit seiner Anwesenheit in Lübeck das Amt des ersten Vorsitzenden der Zahlstelle Lübeck übertragen hatten. Es ist erklärlich, daß sie ihn nicht gern scheiden sahen. Für die Zahlstelle Hannover wurde Contenius als zweiter Vorsitzender gewählt, da er hier die Kassengeschäfte führen sollte. Das in ihn gesetzte Vertrauen hat Contenius voll gerechtfertigt und mit Hingabe und Fleiß unermüdet daran gearbeitet, auch in finanzieller Hinsicht die Zahlstelle Hannover auf eine gesunde Grundlage zu stellen. Nach dem Tode des Kollegen Lewin im Jahre 1917 wurde Contenius zum ersten Vorsitzenden der Zahlstelle Hannover gewählt.



Contenius wurde als Kind proletarischer Eltern am 12. April 1869 in Guben geboren. Mit kurzen Unterbrechungen war er von seiner frühesten Jugend bis zu seiner Anstellung in Hannover in Bilderrahmenfabriken beschäftigt. In seinen früheren Arbeitsstätten war Contenius immer als tüchtiger und gewissenhafter Arbeiter geschätzt. Schon frühzeitig wurde er mit den Lehren und Zielen der modernen Arbeiterbewegung bekannt. Und da Contenius die gewerkschaftliche Selbsthilfe der Arbeiter für eine Notwendigkeit hielt, wurde er am 1. Oktober 1890 in Hannover Mitglied des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands. Sein Eintritt in den Verband beruhte nicht auf einer gefühlsmäßigen Einstellung, sondern auf eigener Erkenntnis und innerer Überzeugung. Auch in der politischen Arbeiterbewegung hat Contenius immer seinen Mann gestanden, und er war stets bemüht, auch hier zum Besten der Arbeiterklasse zu wirken. Contenius ist also eines der wenigen Mitglieder des Verbandes, die schon in dem Gründungsjahre 1890 als Mitglied beigetreten sind und noch heute in körperlicher und geistiger Frische unangesehnt an der Erstarkung des Verbandes rastlos mitarbeiten.

Nicht nur als Verbandsmitglied und -angestellter, sondern auch als Mensch hat Contenius es durch seinen lautereren Charakter, seinen Gerechtigkeitsinn und sein zuvorkommendes,

gefälliges Wesen verstanden, sich überall Sympathie und Achtung zu verschaffen. Zugleich verfügt er über einen nicht zu über-treffenden Optimismus, gepaart mit der notwendigen Erkenntnis für das Erreichbare und das mögliche. Infolgedessen erfreut sich Contenius auch großer Beliebtheit nicht nur bei seinen nächsten Mitarbeitern und bei den Verbandsmitgliedern, sondern auch als Gesellschafter in Freundeskreisen. Unser Otto ist befeelt von Optimismus, Frohsinn und Verantwortlichkeitsgefühl; er ist — wie man so sagt — unverwundlich. Wir haben den Wunsch, daß unserem Kollegen Contenius vergönnt sein möge, nachdem er schon vor 15 Jahren sein Mitgliedsjubiläum begehen konnte und nun sein Jubiläum als Angestellter des Verbandes bei bester Gesundheit und Schaffensfreude feiern kann, zum Wohle der Arbeiterschaft und des Verbandes auch in Zukunft in seinem bisherigen Wirkungskreise noch jahrelang wie bisher erfolgreich tätig zu sein.

Flohr, der christliche Führer.

In Nr. 44 des „Proletariers“ und des „Keramischen Bundes“ vom 1. November 1930 glaubten wir uns unter der Überschrift „Eine Mohrenwäsche“ abschließend mit dem Verhalten des Gauleiters Flohr, anlässlich des Tarifstreites in Feuerfest-Mittelrhein, beschäftigen zu können.

Bekanntlich hatten in dieser Sache die Vertreter der Christlichen mit den Arbeitgebern gestimmt, und in einer von einem Vertrauensmann des christlichen Verbandes unterschriebenen Erklärung war das Verhalten der christlichen Verbandsvertreter gebührend gekennzeichnet worden.

Der christliche Verband hielt es für notwendig, in Döllendorf eine Versammlung abzuhalten, um sich von diesen Vorwürfen zu reinigen.

Gelungen ist das nicht, denn für Schandflecken gibt es keine Reinigungsmittel.

Wir glaubten um so mehr, die Sache als abgeschlossen betrachten zu können, da in der fraglichen Versammlung die Kollegen der beiden Richtungen zum Ausdruck brachten, daß man nunmehr nach erfolgter Aussprache einig sein müsse, weil man im Betrieb im Kampf mit dem Unternehmertum Uneinigkeit in der Arbeiterschaft nicht brauchen könne und Uneinigkeit unter den Organisierten nur die Front der Unorganisierten stärken würde.

Der Schreiber dieses war damit einverstanden. Anders Flohr, der Vertreter der christlichen Organisation, er wies in der Versammlung den Friedensvorschlag seiner und unserer Kollegen weit von sich.

Damit hatte er zweifellos bewiesen, daß ihm Uneinigkeit und Zersplitterung in der Arbeiterschaft höher stehen.

Dennoch haben wir geglaubt, daß sich Flohr angesichts des Vorgehens der Unternehmer auf lohnpolitischem Gebiet eines Besseren besinnen würde.

Wir haben Flohr überschätzt.

Flohr hatte in der Versammlung behauptet, daß die bekannte Erklärung seines Vertrauensmannes eine von uns vorgenommene Fälschung sei. Diese Behauptung hielt er aufrecht, trotzdem wir das Original in der Versammlung vorgelegt haben.

Die Behauptung der Fälschung wurde auch wiederholt in der „Westmark“, Nr. 7, vom Oktober 1930, des ferneren in verschiedenen folgenden Nummern der Zeitung des christlichen Verbandes.

In seinem Bericht über die Versammlung in Döllendorf gab Flohr auch eine Aufstellung des Organisationsverhältnisses in Feuerfest-Mittelrhein bekannt.

Die Richtigkeit dieser Aufstellung wurde von uns sofort bestritten. Eine Nachprüfung hat ergeben, daß wir recht hatten, denn von den genannten Betrieben gehört das Kettwiger Tonwerk, welches bei Koblenz liegt, gar nicht zum Tarifgebiet. Das Stelwerk in Königswinter, wofür Flohr 60 Mann Belegschaft und 7 Mitglieder angibt, liegt seit Jahren still und ist schon ausgeschaltet. Still liegt auch das Westerwerk, trotzdem hat Flohr dort von 40 Beschäftigten 18 Mitglieder, und so fort mit Schaden.

Flohr hat entweder eine orientalische Phantasie oder er nimmt es mit der Wahrheit nicht sehr genau.

Er schildert das Organisationsverhältnis so, wie er es gerne hätte, ohne dabei an die rheinischen Arbeiter zu denken, die in ihrer Mehrheit von den Christlichen überhaupt nichts wissen wollen.

Weil uns die Einigkeit der Arbeiterschaft höher steht als die ständige Streitsucht des Gauleiters Flohr, und weil wir in dieser Beziehung Verständnis für die Wünsche der Kollegen im Betrieb haben, antworteten wir auf die verschiedenen Angriffe von Flohr in seinen Verbandsblättern nicht.

Darans scheint Flohr falsche Schlüsse zu ziehen, denn er wirft in Nr. 26 der „Gewerkschaftsstimme“ vom 29. Dezember 1930 dem Unterzeichneten gewerkschaftliche Unsauberkeit vor und macht ihm persönlich den Vorwurf der Fälschung.

Wir sind nicht gesinnt, uns von Leuten wie Flohr beschmutzen und verleumden zu lassen. Wir können jedem schriftlich nachweisen, wer fälscht, wir oder Flohr.

Wir wiederholen, das Original der Erklärung des Kollegen Wolligala mit dessen eigener Unterschrift hat der Versammlung in Dollendorf vorgelesen und ist Flohr gezeigt worden. So, wie es geschrieben worden ist, hat es auch im „Keramischen Bund“ und im „Proletarier“ gestanden.

Wir sind auch jetzt bereit, das Original der Erklärung jederzeit Interessenten vorzulegen.

Wer den Vorwurf der Unsauberkeit und Fälschung erhebt, ist ein gemeiner Verleumder. Seine Handlung ist um so unfauberer, wo er das Wort „Christlich“ für seine Taten mißbraucht.

Arbeitslosigkeit, leere Kaufhäuser und hohe Löhne.

Die Überschrift zeigt große Widersprüche. Trotzdem kennzeichnet sie die Lage, in der sich die Vereinigten Staaten von Nordamerika zur Zeit befinden. Der Vizepräsident des Internationalen Arbeitsamts H. B. Butler hat eine Studienreise durch Nordamerika gemacht und seine Beobachtungen dem Vertreter der „Fr. Jtg.“ mitgeteilt. Bestätigt wird die hohe voraussichtlich noch nicht an ihrem Tiefstand angelangte Arbeitslosigkeit. Dann heißt es wörtlich in dem Bericht: „Dem Beobachter drängen sich namentlich zwei Erscheinungen auf: erstens die große Zahl von arbeitslosen Angestellten („white collar“), Bankbeamten und anderen Handelsangestellten, und zwar bis hinauf zu Leuten, die sonst höhere Stellungen einnehmen und gegenwärtig beschäftigungs- und vielfach vollständig mittellos sind, und zweitens eine ganz ungewöhnliche Leere in den Kaufhäusern. Die Kaufunlust ist psychologisch das drückendste Merkmal der Krise. Die Arbeiter und Angestellten, die noch Arbeit haben, fürchten von einer Woche zur anderen die Entlassung und halten den letzten Cent beisammen, andere Bevölkerungskreise müssen wegen der erlittenen Börsenverluste sparen, und vielfach wartet der Käufer einfach auf weitere Preisabschlüsse. Angesichts dieser Lage ist es sehr bemerkenswert, daß die führenden Männer in Handel und Industrie trotzdem ihren Glauben an das „Prinzip der hohen Löhne“ beibehalten, weil nur dadurch die Kaufkraft der Massen erhalten werden kann. Ein allgemeiner Ruf nach Lohnabbau wie im Jahre 1921 ist unterblieben. Wohl gab es in einzelnen Gegenden und namentlich in kleineren Betrieben Lohnherabsetzungen, doch können sie nicht als allgemeiner Angriff auf den Lohnstand betrachtet werden. Das Arbeitseinkommen hat natürlich trotzdem eine schwere Einbuße erlitten, weil die Beschäftigung in vielen Fällen auf wenige Stunden am Tage oder auf zwei bis drei Tage je Woche eingeschränkt wurde. Der amerikanische Gewerkschaftsbund tut sein möglichstes, um die Tarifverträge aufrechtzuerhalten, damit bei der Wiederkehr besserer Zeiten der gegenwärtige Lebensstandard gesichert bleibe, und er begegnet damit den Sympathien zahlreicher Arbeitgeber...“

Es sieht mithin in dem Wunderlande jenseits des Ozeans wenig rosig aus. In Anbetracht dessen sind die Bemühungen des amerikanischen Gewerkschaftsbundes, die hohen Löhne zu halten, besonders begrüßenswert.

Nahrungsmittelüberfluß und Hunger.

Noch nie, seitdem die Erde besteht, waren wir mit Rohstoffen und Lebensmitteln so reich gesegnet wie gegenwärtig. Die Natur schüttet über die Menschheit geradezu verschwenderisch ihr Füllhorn aus. Das Institut für Konjunkturforschung stellt dieses in seinem Wochenbericht vom 17. Dezember 1930 wie folgt fest:

„Die Versorgung der Welt mit Agrarprodukten ist in den letzten Jahren zunehmend reichlicher geworden. Die überseeischen Länder hatten während des Krieges ihre Agrarproduktion stark ausgedehnt. Infolge des Ausfalls von Rußland als Lieferant und der verminderten Leistungsfähigkeit der europäischen Landwirtschaften führte die Produktionssteigerung in Übersee zunächst zu keinem fühlbaren Überangebot. Inzwischen bemühten sich die europäischen Länder, den Vorstoß ihrer überseeischen Konkurrenten durch Verbesserung der Produktionsmethoden einzuholen. Etwa seit 1925 hatten die mittel-europäischen Länder die Produktionskapazität der Vorkriegszeit wieder erreicht und seitdem teilweise überschritten. Die Weltproduktion im ganzen ist erheblich gestiegen, während sich der Verbrauch nur langsam gehoben hat. Die Folge ist ein in den letzten Jahren ständig wachsendes Überangebot auf zahlreichen Agrarmärkten.“

Nicht mehr der Mangel an Nahrungsmitteln macht dem Menschen Sorge, sondern die Fülle. Man weiß buchstäblich nicht mehr, wo man mit all dem Segen hin soll. Deshalb die schwere Krise. Dabei gibt es in jedem Lande Millionen Menschen, denen es trotz Arbeitslust und gutem Willen unmöglich ist, sich satt essen zu können. Großer Überfluß hier — Einschränkung und Hunger dort. So steht es in der Welt ans!

Frauenfragen.

Die Funktionärinnen im Verbands der Fabrikarbeiter.

Die heute feststehende Tatsache, daß die Zahl unserer Funktionärinnen im Verbands gewachsen ist, daß die Kolleginnen nicht nur Mitglieder, sondern auch Mitarbeiterinnen in der Organisation sein wollen, berechtigt zu der Annahme, daß die Notwendigkeit der Agitation auch von den Frauen immer mehr erkannt wird. Es muß deshalb Aufgabe der leitenden Stellen in der Organisation sein, die Mitarbeit der Kolleginnen zu fördern, ihnen entsprechende Funktionen innerhalb der Betriebe und des Verbandslebens zu geben, damit die Agitationsarbeit unter den noch absehbaren durch die Funktionärinnen selbst auch mit mehr Interesse und Eifer betrieben wird.

Auf eine Randfrage unseres Arbeiterinnensekretariats zwecks Feststellung der Zahl und der Art der Beschäftigung der Funktionärinnen im Verbands antworteten von den annähernd 300 Zahlstellen leider nur 322, davon 289 mit weib-

lichen Beschäftigten. Das Ergebnis ist folgendes: In den 289 Zahlstellen befinden sich 3739 Betriebe mit insgesamt 160 894 weiblichen Beschäftigten, wovon 83 336 dem Verbands angehören. Als Funktionärinnen sind auf Grund der eingegangenen Berichte 2557 Kolleginnen tätig. Das sind 3,06 Prozent von der Zahl der Organisierten. Davon üben 360 oder 14,07 Prozent der Kolleginnen mehrere Funktionen zugleich aus. Von den insgesamt 2557 Funktionärinnen sind tätig als:

Betriebsratsmitglieder	1236
Beitragskassierinnen	266
Ortsverwaltungsmitglieder	105
Lohn- bzw. Preiskommissionsmitglieder	318
Krankenkassen-Ausschuß- bzw. Krankenkassen-Vorstandsmitglieder	104
Betriebsvertrauenspersonen, Delegierte zu Vertreterversammlungen, Kartellbelegierte und in sonstigen Funktionen	565
Referentinnen in Versammlungen	34

Die auf Grund der Betriebsratsstatistik bereits ermittelte Zahl der weiblichen Betriebsratsmitglieder in den Betrieben unseres Organisationsbereiches beträgt tatsächlich 1865. Auch die Zahl der weiblichen Mitglieder im Verbands ist höher, sie betrug auf Grund der Abrechnung im dritten Quartal 1930 94 119.

Die Angaben über den Familienstand der Funktionärinnen waren unvollständig. Immerhin wurde ermittelt, daß von den Funktionärinnen 995 ledig, 887 verheiratet und 143 verwitwet oder geschieden

Mann und Frau gemeinsam.

Ein günstigeres Verhältnis bildet sich zwischen Mann und Frau im Proletariat heraus, insofern beide erkennen, daß sie an dem gleichen Stränge ziehen und es für ihre menschenwürdige Zukunft nur ein Mittel gibt: die gründliche gesellschaftliche Umgestaltung, die alle zu freien Menschen macht. Die Zahl der Proletarierfrauen, die zu dieser Erkenntnis kommt, wird mit jedem Jahre größer.

August Bebel

find. Eine ganze Reihe Zahlstellen konnten nicht genügend präzise Angaben machen, deshalb wurden hier von den 2557 Funktionärinnen nur 2025 mit Familienstand angegeben. Die Zahlen zeigen uns jedoch, daß auch ein großer Prozentsatz verheirateter Kolleginnen als Funktionärinnen tätig ist, trotz doppelter Belastung durch Haushalt und Beruf. Das zeugt von besonderem Interesse und von gereifter, wirklich innerer Anteilnahme am Verbandsleben, worauf wir stolz sein können. Wir haben auch die Teilnahme der Kolleginnen an Bildungskursen in unserer Statistik mit erfasst. An örtlichen Bildungskursen des Verbandes bzw. der Ortsausschüsse oder im Rahmen der Volkshochschule beteiligten sich 524 Kolleginnen, an bezirklichen Bildungskursen 112, an den Frauenkonferenzen und Wochenendkursen des Verbandes 865. An den Kursen in der Verbandsschule in Wennigsen nahmen 103 und an denen in sonstigen Arbeiterbildungsstätten 84 Kolleginnen teil.

Wir brauchen an dieser Stelle nicht besonders darauf hinzuweisen, wie notwendig und wichtig die Mitarbeit der Frau auf dem angegebenen Gebiete ist. Aber einen Mangel müssen wir doch noch feststellen, nämlich das Fehlen der Frauen in den Krankenkassenausschüssen. Hier muß die Frau immer mehr Einfluss zu gewinnen suchen. Sie muß in die Gewerkschaftsversammlungen gehen, wo die Vorschläge für die Ausübung dieser wichtigen Funktionen gemacht werden und Stellung dazu nehmen, weil gerade die Mitwirkung der Frauen auf sozialem Gebiet heute besonders wichtig geworden ist. Auch die Zahl der weiblichen Ortsverwaltungsmitglieder ist mit 105 für das ganze Reich entschieden zu gering. Es gibt sogar große Zahlstellen mit einer sehr erheblichen weiblichen Mitgliederzahl, wo die Ortsverwaltung aber nur aus Männern besteht. Woran liegt das? — Sollte da wirklich keine Frau vorhanden sein, die solch ein Amt bekleiden könnte? Den Frauen ist dringend zu raten, bei den Generalversammlungen in größerer Zahl vertreten zu sein und Vorschläge auch für die Verwaltung der Zahlstelle und ihre Werbetätigkeit zu machen. Ja, man kann sich sogar vorstellen, daß unter den Funktionärinnen manche sehr gut auch die Mitgliedschaft auf Branchenkongressen usw. zu vertreten imstande ist und ebensogut zum Verbandsstag delegiert werden kann. Der letzte Verbandsstag wies nur vier weibliche Delegierte aus den Zahlstellen auf. Das war wirklich kein erfreuliches Zeichen für unsere Organisation. Hoffentlich bietet der kommende Verbandsstag ein besseres Bild!

Obgleich die vorstehende Statistik noch der Vollständigkeit entbehrt, darf gesagt werden, daß es durchaus möglich ist, die besondere Agitation unter den Kolleginnen auf eine breitere Basis zu stellen. Es ist nicht nur eine Aufgabe der Verbandsinstanzen, sondern eine zwingende Aufgabe der gesamten Mitgliedschaft, hier die Zeichen der Zeit zu verstehen und entsprechend zu handeln. In jedem Betriebe, in jedem Zahlstellenbereich bedeuten die unorganisierten Kolleginnen ein großes Hindernis, aber auch ein großes Kraftreservoir für unsere Bewegung. Wer den Fortschritt will, muß auch eine fortschrittliche Gestaltung begrüßen. Die Verhältnisse zwingen uns, zu handeln. Und da müssen ernste Vorschläge gewagt werden.

Anna Zammerl

Jugendbewegung.

Die soziale Verpflichtung der Jugend.

Das Jugendproblem wird in dieser Zeit immer wieder von allen Seiten und allen politischen Richtungen besprochen. Das ist verständlich, weil die Jugendfrage nicht nur eine Lebens-

frage für die Gesellschaft, sondern auch eine solche für jede einzelne Partei und Organisation wird. So muß man mit Notwendigkeit die ganze Natur der Jugend durchleuchten, um die Richtlinien der Jugendarbeit aus der jeweiligen Praxis zu erarbeiten. Nur scheint uns, daß manche zweifellos wichtigen Streitfragen zungunsten ebenso wesentlich oft stark in den Vordergrund geschoben werden.

Das erste, was zumeist zur Behandlung steht, ist im Zusammenhang mit der modernen Pädagogik das Kulturproblem. Fragen der Gruppenbildung, des Gemeinschaftslebens, der Sexualität, der künstlerischen und literarischen Bewertungen jugendlicher Fähigkeiten, der Berufswahl und — bei der sozialen Notlage unserer Zeit verständlich — der Jugendfürsorge werden eingehend diskutiert. Sie sind auch gewiß so wichtig, daß sie unter keinen Umständen ausgeschaltet werden dürfen, denn eng verbunden mit allem ist jugendliche Charakterbildung und Persönlichkeitswertung. Und diese beiden Punkte sind wieder wesentlich für die Fragen nach den gesellschaftlichen Werten, die der heutigen jungen Generation zugesprochen werden können.

Und damit steht das zweite höchst wichtige Problem der Gegenwart ein, die Frage der politischen Jugend-erziehung. Auch diese darf nicht zu gering eingeschätzt werden. In einer Zeit, in der schon die enge Umwelt, die Straße sozusagen, die Jugend politisch beeinflusst, muß das Thema eingehend in der praktischen Arbeit zu positiven Schlüssen geführt werden. Das macht sich besonders erforderlich bei dem Anwachsen der hyperradikalen Strömungen rechts und links, die nur auf die schon genannten Einflüsse der Straße zurückzuführen sind. Hier wirkt keine politische Überlegung, sondern die Macht der Phrase. Allen wirklichen Pädagogen — es sind das sehr oft nicht gerade die beruflich dazu bestimmten — ist diese Situation im Jugendleben klar und sie wirken danach. Gewaltig ist der Umfang, den das Jugendbildungsweien heute — besonders in der sozialistischen Arbeiterbewegung — erlangt hat. Das ist gut so!

Aber nun kommt das, was uns fehlt. Aber den wichtigen pädagogischen, kulturellen und politischen Auseinandersetzungen übersteht man oft, auch in unseren Kreisen, daß doch eigentlich die Not der Zeit eine wirtschaftspolitische, eine soziale Not ist, und zwar in diesem Falle gesellschaftswissenschaftlich gesehen. Daraus ergeben sich aber auch wichtige Folgerungen für die Jugendarbeit. Aus dem großen Kreis der kulturpädagogischen und politischen Erwägungen sollten mit Notwendigkeit für jeden Jugend-erzieher soziale Aufgaben erwachsen, und zwar nicht soziale Aufgaben, die in fürsorglicher Absicht dem einzelnen dienen, sondern gesellschaftsbildend wirken. Wie ist hier die Sachlage?

Wir befinden uns inmitten der größten Wirtschaftskrise der letzten Jahrhunderte. Mit kapitalistischen Mitteln kann man ihrer nicht mehr Herr werden. Es war eine besondere Aufgabe der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie, neue Wege in Richtung einer Sozialisierung des gesellschaftlichen Lebens zu weisen. Das ist oft genug eindeutig geschehen. Und praktische Maßnahmen werden immer erneut vorgeschlagen. Die gesellschaftlichen Kräfte des Bürgertums und der Kapitalschleue aber sind heute — besonders politisch — so stark geworden, daß vernünftige Gebote nicht mehr durchbringen können. So wird die heutige Generation nur zu einem Teile die persönlichen wie gesellschaftlichen Schäden der Krise abwehren und nur zu einem Teil Grundlagen für die Neugestaltung legen können. Das übrige zu tun, verbleibt den nachfolgenden Generationen. Und das ist ihre soziale Verpflichtung.

Noch ein Weiteres bleibt zu berücksichtigen. Frühere gesellschaftliche Umwälzungen trugen nach außen hin immer das Gesicht von rein politischen Auseinandersetzungen, die oft mit dem notwendigen Barrikadenkampf als wesentlichstes Ausdrucksmittel verglichen wurden. Die große Mehrheit des Bürgertums und der offenen Reaktion zielt auch heute bei ihrer Jugend„erziehung“ in diese Richtung. Daher ihre Erfolge bei der Jugend, denn der politischen Phraseologie ist kein Damm gesetzt. Der Aufstieg der Nationalsozialisten — ja letzten Endes auch der Kommunisten — ist das Ergebnis solcher rein politischen Erziehungsmethoden.

Wie liegen nun aber die Dinge in Wirklichkeit? Dem tiefer Betrachtenden ist von vornherein klar, daß diese Krise nicht nur einen immens wirtschaftspolitischen, sogar in der sogenannten parlamentarischen Krise, sondern auch gesellschaftsumwälzenden Charakter trägt. Ist sie somit wirtschaftspolitisch und gesellschaftsbildend besetzt, so muß das Augenmerk in puncto Jugend-erziehung auf diese Faktoren gelenkt werden. Und hieraus ergibt sich für die erwachsene Generation eine soziale Verpflichtung für die Richtung der Jugend-erziehung, die das wirtschaftspolitische Moment den anderen schon erwähnten Faktoren gleichstellt.

Nun wird ganz besonders von den freien Gewerkschaften an wirtschaftspolitischer Bildungsarbeit außerordentlich viel geleistet, das soll nicht verkannt werden. Die Funktionär-Schulungskurse sind wesentlich und umfangreich. Intensiver aber muß noch die Arbeit im geselligen Kreis der Jugend selbst einsehen. Die beste Grundlage dafür bilden zweifellos die Gruppen der Gewerkschaftsjugend, die sich in allen Verbänden gut entwickelt haben. Die öffentliche Beschäftigung mit sozialen und Wirtschaftsfragen erstreckt sich dort allerdings in der Hauptsache, von Einzelercheinungen abgesehen, auf Fragen der engeren Berufsausbildung und des Jugendschutzes. Auch das sind Themen, die unter keinen Umständen abgetroffen werden dürfen.

Darüber hinaus aber muß dann die eigentliche wirtschaftspolitische und gesellschaftlich-soziale Bildungsarbeit einsehen. Das wird gewiß nicht so leicht sein, denn unsere Jugend ist mehr auf Unterhaltung und Geselligkeit eingestellt. Man muß sie eben auch mehr in Unterhaltungsform aufbauen. Aus dem Betrieb und aus dem Berufsleben ergeben sich zweifellos so mannigfaltige Fragen und Erlebnisse, die einmal zur Diskussion gestellt werden müssen. Lehrlingsarbeit, Rationalisierung, Arbeitszeit, Entlohnung, verkürzte Arbeit, Betriebskollagen, Arbeitslosigkeit werfen

Fragen nach dem Woher, Warum und Weshalb auf. Der Mittelpunkt bei diesem Diskussionspiel ist dann allerdings der geschichte und geschulte Leser. Und diesen Fragen haben wir in der gewerkschaftlichen Jugendarbeit in Zukunft besondere Bedeutung beizumessen. Es sei immer daran erinnert, daß die jungen Generationen das Wirtschaftsleben der kommenden Gesellschaft neu aufzubauen haben, denn das ist ihre gesellschaftlich-soziale Verpflichtung und daraus ergibt sich unsere Verantwortung. Adolf Lau (Berlin).

Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung.

Der sanitäre Arbeitslag in Haar- und Borstenzurichtereien, in Rohhaarspinnereien sowie in Bürsten- und Pinselfabriken.

Der zur Begutachtung des vom Reichsarbeitsminister aufgestellten Verzeichnisses der unter den Paragraphen 7 der Arbeitszeitverordnung (AZV.) fallenden Betriebe vom Reichswirtschaftsrat beauftragte Arbeitsausschuß untersuchte im Jahre 1930 die sanitären und hygienischen Arbeitsverhältnisse der in der Arbeitsschrift verzeichneten Industrien.

Neben Schädigungen von Arbeitnehmern durch Milzbrand, Rotlauf usw. infolge Verarbeitung von Haaren und Borsten, die von verseuchten Tieren abstammen, war besonders noch zu untersuchen:

- 1. welchen Einfluß der bei den Arbeitsverrichtungen anfallende Haar- und Borstentaub auf die Arbeitnehmer gesundheits-schädlich auszuüben in der Lage ist;
- 2. welchen Einfluß die in den als Nebenbetriebe vorhandenen Bleichereien und Färbereien beim Arbeitsprozeß verwandten chemischen Stoffe auf die Arbeitergesundheit haben können;
- 3. welchen gesundheits-schädlichen Einfluß die besonders in den Nebenbetrieben der Bürsten- und Pinselfabriken benutzten Leinwand auf die Arbeitergesundheit auszuüben in der Lage sind.

Der Arbeitsausschuß und der über die endgültige Gestaltung des Gutachtens entscheidende Sozialpolitische Ausschuß des Reichswirtschaftsrates waren sich einig, daß die Entscheidung darüber, ob in den Nebenbetrieben Gesundheitsgefahren beim Arbeitsprozeß auftreten, zurückzuführen ist, bis zur Untersuchung der Arbeitsverhältnisse in Bleichereien, Färbereien und Lackierereien in anderen Industriezweigen die Ausschüsse in der Lage sind, sich ein endgültiges Urteil zu bilden.

Es blieben deshalb zunächst zur Entscheidung durch die beiden Ausschüsse die Seuchengefahren und die Staubgefahr.

Unbestritten ist das Vorhandensein besonders der Milzbrandgefahr in diesen Industriezweigen, wenn auch noch keine vollkommene Klarheit darüber besteht, ob Infektionen durch Milzbrandbazillen als Betriebsunfälle oder als Berufskrankheit zu bewerten sind. Auf Grund einer Bundesratsverordnung vom Jahre 1902 müssen vom Auslande eingeführte Borsten und Haare vor ihrer Verarbeitung desinfiziert werden. Dadurch sind die Seuchengefahren zweifelslos eingedämmt, doch nicht vollkommen beseitigt, da für inländische Borsten und Haare der Desinfektionszwang nicht besteht, wenn auch hervorgehoben zu werden verdient, daß einige größere Firmen aus Sicherheitsgründen auch die Inlandsware einer Desinfektion unterziehen.

Die Anerkennung der Gesundheits-schädigungen durch Staubgefahr als Berufskrankheit scheidet nicht nur in dieser Art von Betrieben, sondern auch in anderen Staubbetrieben daran, daß die überwiegende Mehrzahl der deutschen Gewerbetreibenden und Gewerbetätigen bisher nur die durch kieferstreuartigen Steinstaub hervorgerufene Silikose-Staublungenkrankungen bereit sind, der Verordnung über die unfallentschädigungspflichtigen Berufskrankheiten zu unterstellen. Dabei werden auch von dieser Seite die Schädigungen, besonders der Atmungsorgane, durch Haar- und Borstentaub zugegeben; bestritten wird nur die Entschädigungspflicht.

In seiner Sitzung vom 12. Dezember 1930 beschloß der Sozialpolitische Ausschuß des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates:

Der Reichsregierung wird vorgeschlagen, dem Paragraphen 7 der Arbeitszeitverordnung zu unterstellen: in Haar- und Borstenzurichtereien, Rohhaarspinnereien, Bürsten- und Pinselfabriken alle Arbeitnehmer, die mit in- und ausländischem undesinfiziertem Rohmaterial und bei der Desinfektion desselben beschäftigt sind.

Bei der Untersuchung der Haar- und Borstenzurichtereien machte der Arbeitsausschuß die Feststellung, daß auch die Heimarbeit in diesen Industriezweigen noch recht stark vertreten ist. Die Abteilung H (Arbeitnehmer) des Sozialpolitischen Ausschusses übermittelte deshalb dem Herrn Reichsarbeitsminister folgende Entschliebung:

Entschliebung:

Am 7. Mai 1930 beschloß der Arbeitsausschuß des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates zur Aufstellung eines Verzeichnisses nach § 7 der Arbeitszeitverordnung je eine Haar- und Borstenzurichterei in ... Dabei wurde festgestellt, daß sowohl in ... als auch in ... mehrere hundert Hausarbeiter mit der Bearbeitung von Haaren und Borsten beschäftigt werden.

Die Feststellungen ergaben, daß zu dieser Hausarbeit auch schulpflichtige Kinder mit herangezogen werden. Besondere Arbeitsräume sind nicht vorhanden, vielmehr vollzieht sich die Hausarbeit in den Wohnräumen der Hausarbeiterfamilien.

Der bei dieser Hausarbeit auftretende Staub führt zu chronischen Katarrhen, Kehlkopfentzündungen und Reizungen der Atmungsorgane, ferner infolge der in diesem Staub teilweise

vorhandenen feinen Härchen zu Augenentzündungen. Infolgedessen wird durch diese Hausarbeit mindestens die Gesundheit der beschäftigten erwachsenen Personen und besonders schwer die Gesundheit der beschäftigten Kinder gefährdet.

Der Sozialpolitische Ausschuß des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates empfiehlt deshalb dem Herrn Reichsarbeitsminister, auf Grund des Paragraphen 10 Abs. 2 des Hausarbeitsgesetzes vom 27. Juni 1923 die Hausarbeit für Haar- und Borstenzurichtereien generell und grundsätzlich zu untersagen.

Dieses Verbot erscheint um so mehr gerechtfertigt, als bereits durch die Bekanntmachung vom 8. Dezember 1929, betreffend die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter bei der Bearbeitung von Federstößen, Tierhaaren, Abfällen und Lumpen (Reichsgesetzblatt S. 989 unter I) die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter in Räumen verboten ist, „in welchen Tierhaare durch Handarbeit entfaßt oder gelockert (geschält) werden“. Nach dem gleichen Inhalt dieser Verordnung darf jugendlichen Arbeitnehmern in diesen Räumen eine Beschäftigung nicht gewährt und der Aufenthalt nicht gestattet werden.

Da Abgabevorrichtungen in diesen Wohnräumen nicht angebracht, weder die tägliche Beschäftigungsdauer der erwachsenen Hausarbeiter, noch die Beschäftigung von Kindern kontrolliert und überwacht werden kann, erscheint ein solches Verbot dringend erforderlich.

National-

sozialisten nennen sich Leute, die nichts gelernt haben, als mit der Waffe umzugehen. Ist „national“ etwa ein Sammelbegriff für Unwissenheit und Rohheit? Es scheint so, ist aber nicht der Fall. Was heißt, wenn nur jene „national“ wären, die sich zum National-

sozialismus

zählen, dann allerdings. Aber national ist jeder Mensch. Ober gibt es jemand, der nicht seine „Nation“, sein Volk, sein Vaterland lieber hätte als andere Nationen oder Länder? Kaum. Und was heißt denn sozial? Doch nichts anderes, als im Interesse der Allgemeinheit zu wirken. Aber bei den „Nationalsozialisten“

ist

gerade das Gegenteil der Fall. Sie wirken nur im Interesse einer seither bevorrechteten Volks-schicht. Sie wollen ihre verloren gegangenen Privilegien zurückholen, sie wollen an die „Futterkrippe“, die früher für sie reichlich gefüllt war. Zu diesem Zweck mißbrauchen sie die Arbeiterschaft. Die nationalsozialistischen Führer heißen Arbeiter gegen Arbeiter mit der Waffe in der Hand. Nationalsozialismus, so wie er sich aufspielt, ist nichts anderes als

Arbeiterbetrug.

Diese Entschliebung wurde vom Sozialpolitischen Ausschuß angenommen und dem Reichsarbeitsminister zur Berücksichtigung überwiesen.

Wir haben in der Wiedergabe der Entschliebung absichtlich die Ortsangaben weggelassen, wie die Firmen in der Öffentlichkeit nicht unnötig zu kennzeichnen.

Bei der Arbeitsunfähigkeit des jetzigen Reichstages, bei dem herdenmäßigen Gedrüll einiger logenanner „Arbeiterpartei“ in den Plenarsitzungen des Reichstages, das eher an einen Zoologischen Garten, statt an ein Volksparlament erinnert, bei der prinzipiellen, fäulischen, grassierenden und blaublühtigen Führung der sogenannten „Nationalsozialistischen Arbeiterpartei“ ist kaum damit zu rechnen, daß in absehbarer Zeit der Reichstag das Arbeit-schutzgesetz in einer im Interesse der Arbeiterschaft liegenden Weise erledigt. Die Arbeiterschaft erwartet deshalb mit Recht, daß die Verordnung über die unfallentschädigungspflichtigen Berufskrankheiten durch den Herrn Reichsarbeitsminister baldigst erweitert und dabei den Beschlüssen des Reichswirtschaftsrates Rechnung getragen wird. G. Stähler.

Wirtschaftliches.

Mineralwasser!

An die Redaktion der „Frankfurter Zeitung“ sandte Dr. med. Otto Schnandigel, Universitätsprofessor, die Notiz: Zu dem in Nr. 972 erschienenen Artikel über Mineralwasserfässer möchte ich ergänzend auf folgendes aufmerksam machen:

Es kosten bei Renssadt-B. in der Wirtschaft ¼ Liter neuer Wein 0,45 Mk.

Es kosten auf der Oktoberwiese in München ¼ Liter bayerisches Bier 0,75 Mk.

Es kosten ¼ Liter bayerisches Bier in Frankfurt 0,90 Mk.

Es kosten ¼ Liter Staatliches Fachinger „Heilquelle“ (!!) 1,50 Mk.

Dabei kommt dieses Wasser, das eines der besten ist, die es gibt, direkt aus der Mutter Erde — leider in die Klauen des Staates.

Gewerkschaftliche Nachrichten.

Die KPD. erkannt.

Dieser Tage fanden in der Konsumgenossenschaft „Einigkeit“ in Remscheid (allgemein Klein-Moskau genannt) die Vertreterwahlen zur Generalversammlung statt, die nach einem mit äußerster Heftigkeit geführten Wahlkampf eine Wahlbeteiligung zeigten, wie sie bisher nirgendwo bei Wahlen dieser Art in Erscheinung getreten ist. 65 Prozent der Mitglieder gingen an die Wahlurne.

Als Gegner standen sich gegenüber die KPD. auf der einen und die Liste „Aufbau“ und „Kampfbund“ auf der anderen Seite. Das Ergebnis war eine niederschmetternde Schlappe für die KPD. Sie, die bei der letzten Wahl im Jahre 1928 noch 71 Mandate erzielte, konnte davon nur 45 retten. Die Liste „Aufbau“ erzielte 51 und die Liste „Kampfbund“ 16 Mandate.

Während in der alten Vertreterversammlung 71 Kommunisten 44 genossenschaftstreuen Vertretern gegenüberstanden, ist das Verhältnis nun umgekehrt. Das ist ein Beweis, daß trotz der verzweifelt schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse die Katastrophopolitik der KPD. von den breiten Massen abgelehnt wird, denn sie sehen, was hinter den Phrasen der Kommunisten steckt.

Internationales Handwörterbuch des Gewerkschaftswesens.

In Gemeinschaft mit Anton Erkelenz, Joh. Sassenbach, Generalsekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes, Reichsminister Dr. h. c. Adam Segerwald, M. d. R., Direktor Albert Thomas, Internationales Arbeitsamt, Minister Professor Lord Passfield; herausgegeben von Professor Dr. Ludwig Heyde, M. d. Reichswirtschaftsrates.

Gemeinsam mit den obengenannten führenden Persönlichkeiten aus allen Lagern der Sozialpolitik gibt Prof. Dr. Heyde unter Mitwirkung vieler namhafter Fachleute aus Wissenschaft und Praxis nach langer, sorgfältiger Vorbereitung das erste Handwörterbuch des Gewerkschaftswesens heraus. Es will ein Werk sein, das mit wissenschaftlicher Gründlichkeit einen Querschnitt durch die Gewerkschaftsbewegung aller Länder gibt und das Augenmerk besonders darauf richtet, daß alle wesentlichen Tatsachen und Probleme auf gewerkschaftlichem Gebiet in Kürze mit ausreichender geschichtlicher Fundierung unter Einbeziehung der einschlägigen Literatur und starker Heranziehung des internationalen Materials, jedoch in erster Linie auf die Bedürfnisse des deutschsprachigen Benutzers zugeschnitten, zur Darstellung kommen. Seinen wissenschaftlichen Charakter erweist das Werk besonders darin, daß es sowohl die soziologischen als auch die wirtschaftstheoretischen Probleme der Gewerkschaftsbewegung in einer größeren Anzahl von Artikeln in möglichst systematischer Geschlossenheit behandelt.

Erfüllt das Werk auf diese Weise seine wissenschaftliche Aufgabe, so dient es zugleich dem praktischen Leben, dessen Bedürfnissen es sich als Informations- und Nachschlagewerk mit alphabetischem Aufbau anpaßt.

Die sachlichen Beziehungen der Gewerkschaften zu allen wichtigen Gegenständen der Sozial- und Wirtschaftspolitik sowie zu den staatlichen Institutionen werden in ihrer Vielgestaltigkeit dem Benutzer des Werkes zum Bewußtsein gebracht, und ganz besonders wird auch jede bedeutende Stellungnahme der Gewerkschaften zu ihnen registriert. Von allen organisatorischen Grundtatsachen des Gewerkschaftswesens vermittelt das Handwörterbuch ein ausreichendes Bild. Es ist zugleich bemüht, eine Darstellung der geschichtlichen Entwicklung sowie der politischen Bedeutung der Gewerkschaftsbewegung aller Industrieländer zu geben. Die deutschsprachigen Gewerkschaftsverbände aller Richtungen und die führenden Persönlichkeiten, die im Zusammenhang mit der gewerkschaftlichen Arbeit stehen, werden im Lexikon unter eigenen Stichworten aufgeführt. Aus den Erfordernissen der wissenschaftlichen Objektivität heraus bemüht sich das Handwörterbuch, streng parteilos und ohne Tendenz zugunsten oder zugunsten irgendeiner Richtung der Gewerkschaftsbewegung oder einer Interessentengruppe zu sein. Die Namen des Herausgebers und der Mitarbeiter bürgen dafür, daß das Handwörterbuch das unentbehrliche Nachschlagewerk für Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände sowie ein gutes Hilfsmittel für die soziologische und sozialökonomische Wissenschaft sein wird.

Sprache und Gesellschaft.

Wir widmen unseren vorigen Artikel der Darlegung, daß auch schon gewisse Tierarten sich Verständigungsmittel, eine Art Sprache herausgebildet, und ließen die Frage offen, wie weit sich hierbei auch ein Etwas, das man, wie man will, Verstand, Seele oder sonstwie nennen mag, aus geringen Anfängen bei niederen Lebewesen zu bemerkenswerter Höhe bei begabteren Tieren entwickelt hat. Wir folgerten nur, daß auf ähnlichem Wege und an Hand der Nachahmung von Tierstimmen, Naturlauten und -geräuschen auch die ersten Schritte auf dem sprachlichen Verständigungsgebiete der urwüchsigen Menschen geschehen sind.

Kraft der höheren Entwicklung ihrer Gehirnanlage, ihrer geistigen Fähigkeit also, und ihres anatomischen Baues gelang es den urwüchsigen Menschen aber unendlich viel weitgehendender als dem Tier, durch verschiedenartige Laute Gedanken miteinander zu verbinden.

Es werden sich Umlaufassonungen und Zusammenfassungen gebildet haben, zunächst einmal für Essen, Trinken, Schlafen, für menschliche Körperorgane und Absonderungen, aber auch für die Naturerscheinungen und sodann, soweit man es bereits so nennen mag, auch für die sozialen Verhältnisse. Man wird diese Sprache noch verdienstlich haben durch die Zeichensprache, durch die Bewegungsnachdrücke des Körpers und der Gliedmaßen, wie ja auch wir unsere Worte ganz unwillkürlich noch mit Gesten begleiten, um die Ausführungen eindringlicher zu machen. Das werden die auf uns vererbten, unbewußt noch ausgeübten Reste der Zeichensprache sein, die ehemals neben der ausgebildeten Lautsprache eine weit größere Bedeutung hatte als heute.

Noch immer ist ja diese Bedeutung nicht gering — wir brauchen bloß an alles mimische usw. Zubehör der Mundarten allein schon in Deutschland zu denken, die neben der später aufkommenen Kunstsprache, dem Schriftdeutsch, weiterbestehen und viel mehr als dieses im Volksleben der unmittelbaren Ausdruck des Seelenlebens und des Volksglaubens sind. In seinen Mundarten drückt das Volk erst recht nicht bloß durch das gesprochene Wort aus, sondern dazu noch

durch die Tonfälle, die Zeitenfolge, die Bewegungen und Zeichen, mit denen das gesprochene Wort zur Erhöhung der Wirkung umrahmt wird. Mund, Augen, Arme, Beine begleiten und deuten die Worte und Töne, die dem Gehege der Zähne entfliehen.

So ein frischer, naiver Kerl, der in seiner Mundart daheredelt, feilscht, droht und sich des Lebens freut, handhabt oft ein Register von Fingern, Armen, Augendrücken, geduckten Zähnen und Grimassen als Redeverstärkung. Andererseits auch wieder schweigt das Wort überhaupt. Ein Kopfnicken gibt Zustimmung, eine wegwerfende Armbewegung kündigt Ablehnung an. Auf jeden Fall: die Wurze der Volkssprache ist die Zeichensprache, die sich nicht schreiben läßt, viel mehr, als dies beim beherrschten Schriftdeutsch noch der Fall ist. Auch beim Stimmen dann wieder, da sehen wir, wie er, um sich mitzuteilen, ohne weiteres stark zur Zeichensprache greift. Jeder Mensch — auf seinem Gesicht allein, wieviel Ausführungen vermag er da zum Ausdruck zu bringen. Und wiederum die heftigen Sprechstöße — wenn sie ein durch die Sprache angedrücktes Gefühl gleichzeitig durch eine entsprechende Bewegung der Körper gestalten, so haben wir auch hier vor uns, wie selbst vollendetste Sprechkunst, die so gewaltiger Wirkung fähig ist, wiederum doch noch das Hilfsmittel der Bewegung benutzt, um sich zu verstärken.

Eine Voraussetzung aber, um auch nur zu der ersten einfachsten Sprachverständigung und zu ihrer Ausbildung zu gelangen, war wiederum das gesellschaftliche Zusammenwirken, das Zusammenleben in einer größeren Zahl von Menschen, zunächst zumindest in Herden.

Die Ursprachen dürften sich dann auch zuerst einmal mehr oder weniger nach Herden gesondert entwickelt haben. Aber die Entwicklung einer Sprache ist gar nicht zu verstehen ohne einen solchen gemeinsamen Zusammenhalt der Menschen. Der Sprachwissenschaftler Professor Karl Vohler schreibt denn auch in seinem Werke: „Geist und Kultur in der Sprache“: „Wenn ich auf der ganzen Welt der einzige bin, der spricht, dann gibt es nicht nur keine Sprache, sondern nicht einmal ein Sprechen.“

Aber dadurch, daß die Menschen gemeinsam lebten, sich gemeinsam verteidigten, gemeinsam arbeiteten, dadurch mußten sie dazu

kommen, bestimmte Dinge und bestimmtes Tun mit einem gemeinsamen Laut und Wort zu bezeichnen. Und in dem Maße, wie das gemeinsame Leben vielfältiger und entwickelter wurde, wie das technische Inventar sich mehrte und es immer mehr Dinge zu bezeichnen galt, in dem Maße mußte auch die Sprache sich entwickeln und vervollkommen. Die Sprache rankte sich also am Zusammenleben der Menschen und ihrer Arbeit auf, wie dies immer noch der Fall ist. Als entwickelter Ackerbau mit Viehzucht die hauptsächlichste Produktionsweise wurde und danebenhergehend sich auch große zusammenhängende Völkerstämme herausbildeten, haben in der Sprachentwicklung sich auch die großen Sprachstämme, z. B. die der Semiten und Indogermanen gebildet.

Der innige Zusammenhang von Sprache und Arbeit behandelte sich bei den Verrichtungen einfacher Naturvölker noch heute überall im Arbeitsgefang. Die Afrikanerinnen wissen zu erzählen von den endlosen Mählischen der Regerrinnen an den Getreidequerschnitten, oder von dem Arbeitslied der Träger, die ihre Lasten durch Urwald und Steppe bestürmen. Überall, wo Menschen aller Stufen beisammen wohnen, ob im Negerdorf, im Sudan, bei den Westindern, bei den Malaien der Südsee, erklingt beim Stampfen der Keulen im Mörser, beim Klopfen der Fäden, beim Hellen Läden der Kaffeemörser oder beim dumpfen Ton der Reiskampfe der zum gleichzeitigen Arbeitstakt gehörende Arbeitsgesang. Der Gesang ist der Fierat, der die Arbeit für den Naturmenschen erleichtert. Nach der Körperbewegung und dem Klang des Werkzeuges bei der Arbeit gestaltet sich ihm der Rhythmus und die Melodie seiner Gesänge. Jede Art von Arbeit ist ihm ein melodischer innerlicher Antrieb eigener Art, so daß sich durchaus nicht jedes Lied für jede Arbeit eignet, sondern die bestimmten Arbeiten auch bestimmte Lieder erfordern. Aber Arbeit und Gesang gehören beim Naturmenschen notwendig und selbstverständlich zusammen; Arbeit und ihr Ton und Rhythmus ergeben materiell den Ursprung des Liedes im Volk. Auch die Ältesten der aufgefundenen germanischen Dichtungen erzählen uns mit vom Arbeitslied, das den Gesang der Handmühle begleitet. Und heute noch, in unserer Zeit, sehen wir gar manche Arbeiter-schichten, z. B. die Schiffer und andere, die mit bestimmten, gleichgemessenen Lauten, einem Gesang ähnlich, ihre Arbeit begleiten.

Das Werk erscheint in fünf bis sechs Lieferungen (je 240 Seiten DIN A 4, 21x29,7 Zentimeter). Es soll innerhalb eines Jahres vollständig vorliegen. Preis je Lieferung 22,50 Mk.; in der Subskription ermäßigt sich dieser Preis auf 18 Mk. Die Subskription endet bei Erscheinen der dritten Lieferung in etwa zwei bis drei Monaten. Wir empfehlen daher nachdrücklich, schon jetzt zu bestellen bei der „Werk und Wirtschaft“, Verlagsaktiengesellschaft, Berlin SW 48, Friedrichstraße 16.

Karl Michaelis 25 Jahre Redakteur der „Buchbinder-Zeitung“.

Am 10. Januar waren es 25 Jahre, daß Karl Michaelis als verantwortlicher und auch einziger Redakteur an der „Buchbinder-Zeitung“, dem Organ des Verbandes der Buchbinder, tätig ist. Mit noch nicht 25 Jahren wurde ihm durch einstimmigen Beschluß des Verbandsvorstandes und -ausschusses dieses verantwortungsvolle Amt übertragen. Das Amt wurde ihm nicht leicht gemacht, weil es namentlich in der ersten Zeit der Schaulocher Richtungskämpfe war. Unser Freund Michaelis vermochte jedoch die Schwierigkeiten gut zu meistern. Dazu kam ihm zuflute, daß er bereits eine verhältnismäßige große Erfahrung in der gewerkschaftlichen Tätigkeit mitbrachte. Wie es einem Buchbindergelegenheit giebt, hat er sich nach der Lehrzeit sofort auf die Wanderschaft begeben. Als er zum Redakteur gewählt wurde, arbeitete er in Zürich. Wir gratulieren dem lieben Kampfgenossen zu seiner 25jährigen erfolgreichen Redakteurtätigkeit. Unbestritten genießt die „Buchbinder-Zeitung“ die Achtung, die sie verdient. Möge dem Kollegen Michaelis noch ein langes Wirken in seiner jetzigen Stellung vergönnt sein, zum Wohle seiner Organisation und der gesamten Arbeiterbewegung!

Internationale Arbeiterbewegung.

Die Zahl der dem Internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossenen organisierten Arbeiter ist im letzten Jahre von 12 auf 13 1/2 Millionen gestiegen. Zwei neue Landesorganisationen, Finnland und Ägypten, haben sich dem Bund angeschlossen. Norwegen und die Vereinigten Staaten stehen ihm dagegen nach wie vor ablehnend gegenüber; die Norweger, weil dort die Gewerkschaften noch unter dem Einfluß der Kommunisten stehen, Amerika, weil man dort einen Eingriff in die Unabhängigkeit der Landesorganisation befürchtet. In Wirklichkeit aber ist die Ablehnung der amerikanischen Gewerkschaften auf Gleichgültigkeit gegenüber Europa zurückzuführen.

Die KPD. Kampf.

- 1. „Revolutionäres Signal aus dem Ruhrgebiet.“
2. „Die Offensive der streikenden Ruhrbergarbeiter ist der Anfang einer neuen Epoche von Kämpfen unter Führung der KPD.“
3. „Im Feuer des Kampfes werden rote Massenverbände aus der Erde gestampft.“
4. „Neue Welle revolutionärer Erfahrung und Energie“, alles von Franz Dählem in der „Roten Fahne“, Nr. 6, vom 8. Januar 1931.

Das ist journalistisches Amokläuferium schlimmster Art. Man wundert sich nur, daß es immer noch Menschen gibt, die auf dieses Gefasel hereinfallen, um nachher mit Familie auf der Straße zu sitzen. Die kommunistische Strategie hat noch nie zu einem Erfolg geführt. Die KPD. und die KSO. sind die Organisatoren von Niederlagen. Aber nach der Niederlage die Schuld auf sich zu nehmen, dazu sind diese Dählens zu feige. Schuld an den Niederlagen der KPD. sind andere.

Der KPD.-Mann möchte Gewerkschaftsbonze werden.

Deshalb schreibt er: „Werdet Mitglieder der KSO!“ Um das Ziel leichter zu erreichen, schreibt er in der sogenannten „Neuen Arbeiterzeitung“, Nr. 3, vom 4. Januar 1931:

„Für die Gewerkschaftsbürokratie sind die Fragen eures Kampfes erledigt. Ihr habt den Lohnabbau, sie aber streichen weiter ihre dicken Gehälter ein.“

Der Mann mit seiner Sehnsucht nach einem Posten als Gewerkschaftsangehänger weiß genau, daß er schwindelt, er weiß, daß die Gewerkschaftsangehörigen erhebliche Extrabeiträge zur Unterfützung der Ausgesteuerten leisten. Aber eine Frage: Hat schon jemand gehört, daß die KPD.-Bonzen besondere Beiträge für die Arbeitslosen leisten?

Kundschau.

Volles Vertrauen.

Jemand beabsichtigte, eine Lebensversicherung abzuschließen. Da es aber in dem Gehalt der deutschen Privatversicherung hier und da gekracht hatte, wollte er sich zunächst eingehend informieren. Schließlich hatte er sich für die gewerkschaftlich-gewerkschaftliche Volksfürsorge entschieden. Er wandte sich an eine private Anstalt, um Aufklärung über die Volksfürsorge zu erhalten. In der Antwort dieser Anstalt heißt es u. a.:

„Volksfürsorge hat sich im Laufe der Jahre günstig entwickelt. Die Versicherungsnehmer sind vorwiegend Mitglieder der Konsumvereine und der freien Gewerkschaften in ganz Deutschland. Das Aktienkapital ist zur Hälfte von den Gewerkschaften und zur Hälfte von den Genossenschaften angebracht. Die Aktien werden an der Börse nicht gehandelt; sie befinden sich in dem Besitz der dem Zentralverband Deutscher Konsumvereine angeschlossenen Genossenschaften und der Gewerkschaften. Der Abschluß wird im Interesse der Versicherten verwandt.“

Das Unternehmen wird in russischer Weise geleitet. Nach Ansicht der Gewährleistung ist des Unternehmens rentabel und genießt volles Vertrauen.“

Verbotswort der Deutschnationalen Volkspartei.

Eine Werbeweche genügt den Deutschnationalen nicht, es muß ein ganzer Monat sein, und zwar vom 19. Januar bis 2. Februar. Ein entsprechendes Rundschreiben hat die Partei-

leitung verschickt. Als Normalbeitrag sollen mindestens 6 Mk. pro Jahr gezahlt werden, Bessersituierte sollen mehr zahlen mit Rücksicht auf die miserable Finanzlage. Hausagitation soll betrieben werden. Gelingt es nicht, den Delinquenten als Mitglied zu gewinnen, so muß versucht werden, dem „Hartleibigen“ einen einmaligen Beitrag abzuknöpfen. Ferner sollen „Deutsche Abende“, d. h. Versammlungen veranstaltet werden. (Ein französischer oder russischer Abend wäre natürlich Unsinn. Die Red.) Wörtlich heißt es dann: „Dringend erwünscht ist, daß in jeder Ortschaft eine Versammlung stattfindet, damit jedermann erkennt, daß die DNDV. noch lebt und arbeitet.“

Wie weit die Partei bereits heruntergekommen ist, sagt der folgende Satz:

„Die in der Parteiorganisation hauptsächlich Arbeitenden sind bis auf die in Halle selbst angestellten Kräfte aus Mangel an Mitteln längst abgebaut.“

Kopflosgigkeit

vor dem Unternehmer ist eine besondere Eigenschaft der Kommunisten, die vor einer größeren Menschenmasse sich riesenstark fühlen. Losgelöst von dieser Masse sind solche rednerische Kraftmenschen hilflos wie Antäus ohne die Mutter Erde. Alle rednerischen Kraftmeier klappen zusammen wie ein Taschenmesser und versagen, wenn sie allein

vor

einem ihnen geistig überlegenen Menschen stehen. Sie fühlen dann ihre eigene Minderwertigkeit, sind hilflos wie ein Kind und machen — wenn auch nicht immer in die Höhe — so doch Unsinn. So haben wir sie bei vielen Gelegenheiten kennen gelernt. Arbeiter, die

den

zappelnden, aufgeregten, vorlauten Schreieren folgen, machen regelmäßig bittere Erfahrungen. Wo KPD.-Leute versuchten, Lohnbewegungen zu führen, war das Ende — Zusammenbruch. Kein anderer als Losowski hat seine deutschen KPD.-Freunde wie folgt gekennzeichnet: „Kopflosgigkeit vor den

Unternehmern

und Unvermögen, Verhandlungen mit Nachdruck zu führen.“ Losowski hatte recht, er kennt seine deutschen Freunde so gut wie wir.

Daran wird dann an die ehrenamtlich Tätigen die Anforderung gerichtet, die größten Anstrengungen zu machen zur Gewinnung von Mitgliedern.

Daß der Deutschnationalen Partei nichts weiter fehlt als Mitglieder und Geld, erfieht man aus dem „Mitteilungsblatt“ Nr. 1 des Parteivorstandes. Da wird gesagt:

„Am 1. und 2. Dezember 1930 fand eine Sitzung des Parteivorstandes statt, die in der Hauptsache organisatorischen Fragen gewidmet war. Der Parteiführer hob die Wichtigkeit der Kleinarbeit hervor und stellte als Mindestforderung auf, daß jeder zehnte Wähler bei der Reichstagswahl 1930 als eingeschriebenes Mitglied gewonnen werden müßte. (Warum so bescheiden? Die Red.) Die Grundlage der Organisation ist das eingeschriebene Mitglied, von dem regelmäßig Beiträge zu erheben sind. Das Einzelmitglied muß unser Kunde sein, dem wir politische Ware regelmäßig liefern; dann wird dieser Kunde auch regelmäßig zahlen.“

Nach dem Rundschreiben zu urteilen, muß aber die seither gelieferte Ware nicht viel gefangt haben.

Russische Sklaverei.

Im Dezember 1930 erließ das Arbeitskommissariat zwecks Erhöhung der Arbeitsleistung neue Verordnungen, durch die strengste Disziplin in der Arbeitsfähigkeit erreicht werden soll. Arbeiter, die die Disziplin systematisch verletzen, werden künftig strafflos und ohne Entschädigung entlassen und dürfen sechs Monate in keinem anderen Betrieb beschäftigt werden. Wenn die Verletzung der Disziplin geschieht, werden die Arbeiter strafgerichtlich zur Verantwortung gezogen. Falls ein Arbeiter die Betriebsleitung nicht rechtzeitig davon unterrichtet, daß ein durch ihn hergestelltes Erzeugnis untauglich ist, verliert er den Anspruch auf Lohnauszahlung. Diese drakonische Verordnung erging die frühere, die einen freiwilligen Wechsel der Arbeitsstelle verbietet, und wurde erlassen, um die möglichste Beschleunigung des Tempos der Erfüllung des Fünfjahresplanes durchzuführen, die durch das Plenum des Vollzugsausschusses der Partei gefordert wird.

Wer sich solche Tyrannei in Deutschland wünscht, der trete ein für Kommunismus und Nationalsozialismus. Ob Rußland oder Italien, man findet keinen Unterschied.

Die Neurovörzte über den Nährwert des Viezes.

Die in Dresden tagende Gesellschaft Deutscher Neurovörzte nahm Kenntnis von einem seitens des Deutschen Branerubundes im Hygiene-Anstalt angekündigten Vortrag des Dr. von Hahn vom Eppendorfer Krankenhaus Hamburg über den Nährwert des Viezes. Sie stimmte folgender Entschlieung zu:

„Die Gesellschaft Deutscher Neurovörzte muß es als Irreführung der öffentlichen Meinung ansehen, wenn bei Beurteilung der Bedeutung des Biergenusses für die Gesundheit in erster Linie der Nährwert des Viezes hervorgehoben wird. Wenn infolge seines Alkoholgehalts ist das Bier trotz seines Nährwertes durchaus nicht als zweckmäßiges oder auch nur harmloses Nahrungsmittel zu

bezeichnen. Der Alkohol schädigt nachgewiesenermaßen auf chemischem Wege die Organe, insbesondere die Nervenzellen, vor allem, wenn er in Mengen genossen wird, die auch nur einen Teil des täglichen Nahrungsbedarfs decken sollen.

Die Gesellschaft hält es für ihre Pflicht, darauf hinzuweisen, daß die große Verbreitung des Biergenusses und das ungeheure Angebot an Bier in jeder Art für die Volksgesundheit und Volkswirtschaft eine schwere Gefahr bedeutet. Reichlicher Alkoholgenuß, auch reichlicher Biergenuß, setzt, auch wenn es sich noch lange nicht um Trunksucht handelt, die Leistungs- und Widerstandsfähigkeit des Organismus erheblich herab, verkürzt die Lebensdauer, begünstigt die Entstehung von Geschlechtskrankheiten, Unfällen und Verbrechen. Auch wenn man von den bekannten verheerenden gesundheitlichen und sozialen Folgen der eigentlichen Trunksucht absieht, belastet der übermäßige Alkoholverbrauch des deutschen Volkes das Leistungs- und Fürsorgewesen und die Rechtspflege mit ungeheuren Kosten, die zusammen mit der Einbuße an Kraft und Gesundheit einen unersehbaren Kapitalverlust für die deutsche Gesamtwirtschaft bedeuten.“

Für Gesundheitszeugnisse vor der Eheschließung

treffen mehr und mehr ärztliche und bevölkerungspolitische Kreise, Sozial- und Rassenhygieniker ein. In einzelnen Ländern ist das Gesundheitszeugnis schon gesetzlich eingeführt, so z. B. in Norwegen. Die ärztliche Untersuchung ist kostenlos und wird von einem staatlich anerkannten Arzt ausgeführt. Es gilt hauptsächlich, festzustellen, ob bei einem Ehebewerber oder in seiner Familie Krankheiten oder Krankheitsanlagen vorhanden sind, wie z. B. Alkoholismus, Tuberkulose, Geisteskrankheit, erbliches Verbrechen, vor allem aber Geschlechtskrankheiten. Wo, wie bei uns, solche Bestimmungen noch nicht bestehen, sollte sich das Gesundheitszeugnis für Brautleute oder Heiratskandidaten wenigstens als freiwillig aus Einsicht in die Bedeutung solcher Vorkehrung und aus Verantwortungsfühl heraus gebote Sitte einbürgern. In den Eheberatungsstellen wird schon da und dort in dieser Richtung eingewirkt; dies sollte aber nicht bloß bei ihnen zur allgemeinen Regel werden, sondern auch von anderen dafür in Frage kommenden Stellen geschehen.

Berichte aus den Zahlstellen.

Frauenth. Am 20. Dezember 1930 fand unsere Generalversammlung statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte die Versammlung der verstorbenen Mitglieder Elli Seiler, Alma Döigt und Paul Köllz. Der Vorsitzende, Kollege Mar Klug, gab den Jahres- und Geschäftsbericht. Abbau der sozialen Versicherungen, Abbau der Löhne und verlängerte Arbeitszeit sind die Schladtrufe aller bürgerlichen Parteien und Interessengruppen. Die dauernde Massenarbeitslosigkeit beweist aber immer mehr die Unfähigkeit der kapitalistischen Wirtschaft zu einer geordneten Regelung der Warenproduktion und Warenverteilung. Deshalb ist der Übergang zu einer höheren Wirtschaftsform eine zwingende Notwendigkeit. Kollege Klug behandelte sodann die örtlichen Fragen. Vor fünf Jahren hat die ehemalige Porzellanfabrik Frauenth die Tore geschlossen. Nach den vorausgehenden großen Opfern mußte die Fach- und Berufskollegenchaft die Arbeitsstelle mit der Stempelkarte eintauschen. Wohl ist ein Teil unserer Mitglieder in anderen Industriezweigen untergekommen, um für die geringste Entlohnung als gelernter Facharbeiter oder durch Kurzarbeit ihr Dasein zu fristen. Nicht alle sind untergekommen. Das Los derer ist besonders traurig, die schon jahrelang den „Lohnen“ der Wohlstandsstellen ausgeführt sind und vor dem sechsten Zusammenbruch stehen. Worte der Anerkennung fand Kollege Klug für die seit dem 1. Januar 1930 eingeführte Invalidenunterstützung. In 15 Verwaltungssitzungen, Invaliden- und Erwerbslosenversammlungen, Erledigung von 142 Posteingängen und 146 Ausgängen, Erteilung von Rechtsauskünften, Anfertigung von Gesuchen und Erlässen, Einsprüchen vor den Spruchauschüssen des Arbeitsamtes und Oberberufungsamtes und persönliche Doctrinen kommt die intensive Tätigkeit der Verwaltungsmittelglieder im Interesse unserer Mitgliedschaft zum Ausdruck. Mit Genehmigung der Mitglieder in der anschließenden Diskussion ihre volle Zufriedenheit mit der Tätigkeit der Verwaltung kund. Kollege Dietrich gab den Kassenbericht. Auf Antrag wurde demselben einstimmig Entlassung erteilt. Bei der Neuwahl wurden die bisher tätigen Kollegen einstimmig wiedergewählt. Für den freiwillig ausscheidenden Kollegen Schen als Beisitzer wurde der Kollege Mar Scheffel gewählt. Aber die durch die Notverordnung erfolgte Neuregelung der Krüsenfürsorge referierte eingehend Kollege Feulner. Eine längere Debatte entpinn sich im Punkt Verschiedenes über einen Antrag der JHS, 35 Mk. aus den Lokalmitteln zu überweisen. Kollege Frister (KPD.) versuchte eingehend, diesen Antrag zu rechtfertigen. Von der Verwaltung wurde erklärt, es sei unmöglich, für die JHS, als dritte Säule der KPD. Gelder auszugeben. Nach einer längeren Diskussion, in der auch von den Kollegen Täger und Floß das verwerfliche Spiel der Kommunisten in das rechte Licht gestellt war, wurde dieser Antrag mit Stimmenmehrheit abgelehnt.

Verbandsnachrichten.

Abrechnung der Hauptkasse

3. Quartal 1930.

Berichtigung.

Unter Einnahmen darf es an dritter Stelle nicht heißen 426,50 Mark, sondern es muß richtig heißen: 6426,50 Mk. (Im „Sera-mischen Bund“, der einen Durchschlag unseres Manuskriptes hatte, ist die Zahl richtig wiedergegeben.)

Ausgeschlossen

wurde auf Grund des § 14 Ziffer 3a in Verbindung mit § 14 Ziffer 5 des Statuts das bisherige Mitglied der Zahlstelle Berlin: Frieda Gerich, Mitgl.-Nr. 1722.

Literarisches.

Handbuch der öffentlichen Wirtschaft. Herausgegeben vom Vorstand des Gesamtverbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs. Bearbeitet von Dr. Walter Pahl und Dr. Kurt Stenbölshorn unter Mitarbeit von 18 anderen namhaften Sachverständigen. Das vorliegende Buch bringt zum ersten Male eine umfassende Sachaufklärung der öffentlichen Wirtschaft und versucht, die Wege anzudeuten, auf denen eine höhere Produktivität der öffentlichen Betriebe im gesamtwirtschaftlichen Interesse erzielt werden kann. Mit freudiger Sachlichkeit und Objektivität sind hier die Tatsachen registriert und die Probleme aufgezeigt worden. Der erste Teil des Handbuchs enthält die erste bisher veröffentlichte Zusammenfassung der gesamten öffentlichen Wirtschaft Deutschlands sowie eine vergleichende Übersicht über die öffentliche Wirtschaft im Auslande. Der zweite Teil des Handbuchs ist den Problemen der wirtschaftlichen Tätigkeit der öffentlichen Hand gewidmet. Zusammenfassend läßt es sich sagen, daß das Handbuch der öffentlichen Wirtschaft die aktuellen Probleme der wirtschaftlichen Tätigkeit der öffentlichen Hand mutig ansieht. Auf zahlreichen Einzelgebieten werden die großartigsten Leistungen der öffentlichen Wirtschaft angegriffen und ihre gesamtwirtschaftliche Bedeutung aufgezeigt. Dabei wird aber die öffentliche Wirtschaft niemals blind verteidigt, sondern kritisch durchleuchtet. Aufklärung und sachliche Aufklärung sind die besten Waffen im Kampf um die Erhaltung und den Aufbau der öffentlichen Wirtschaft.

Handbuchs über die Krankenversicherung, von Stadtkammarer C. Galm. Abrechnung, Eisenh. 3. Selbstverlag, Preis 30 Pf., bei 100 Stück 25 Mk. In dem Buche sind die wichtigsten Bestimmungen über die reichsgesetzliche Krankenversicherung nach dem neuesten Gesetzesstande in leicht verständlicher Weise zusammengestellt. Die Anschaffung dieses billigen Büchleins kann allen Mitgliedern bestens empfohlen werden.

Briefkasten.

Griesheim e. M. „Ein anmerkender Leser.“ Besten Dank. Warum unterzeichnen Sie anonym und in Gänsefüßen? Die sechs Revisoren sind ungeschuldig, da sie ja nicht in der Segherl tätig sind.

Chemische Industrie

70 Jahre Kaliindustrie.

I.

Im Jahre 1861, also vor 70 Jahren, wurden von dem auf einer Zuckerrabrik in Staßfurt beschäftigten Chemiker Doktor Frank die heute bergmännisch gewonnenen Kalisalze entdeckt. Als Justus v. Liebig im Jahre 1840 in seinem Buche „Die Chemie in ihrer Anwendung auf die Agrikultur und Physiologie“ seine Forschungen über die Ernährung der Pflanzen niederlegte und Dr. Frank vor 70 Jahren die erste Chlorkaliumfabrik baute, ahnten beide nicht, welche enormen Bodenschätze an Kalisalzen uns zur Verfügung stehen und welche Entwicklung die Kaliindustrie einst nehmen würde. Keine andere Industriebranche hat eine ähnliche Entwicklung durchgemacht. In keiner anderen Industriebranche haben Rationalisierung und Betriebskonzentration einen ähnlichen Umfang angenommen wie in der Kaliindustrie. Nirgends sind die sozialen Folgen der Rationalisierung tiefgreifender als hier.

Es dürfte deshalb angebracht erscheinen, zum 70jährigen Bestehen der Industrie die Vergangenheit, insbesondere die Gesetzgebung und die Rationalisierung der Industrie, in kurzen Zügen zu behandeln, um daraus Schlussfolgerungen für die Zukunft zu ziehen.

Aus der Geschichte der Kaliindustrie.

Die Anfänge der Salzindustrie gehen bis weit in das Altertum zurück. Ihr Ursprung in Deutschland erstreckt sich hauptsächlich auf das Gebiet von Staßfurt und Halle. Aus zahlreichen Urnen- und Gräberfunden in der dortigen Gegend läßt sich schließen, daß unsere Vorfahren den Göttern Opfer brachten, die dem Boden diese heilkräftigen Quellen entströmen ließen. Unsere Vorfahren schätzten diese Solquellen hoch ein, weil sie durch Aufgießen der Sole auf heiße Steine weiße Salzkristalle gewinnen konnten, welche zum Würzen ihrer Speisen Verwendung fanden. Die Chroniken des Mittelalters erzählen uns auch, daß die später an diesen Quellen erbauten Salinen wichtige Kauf- und Kaufobjekte gewesen sind, um welche zwischen den einzelnen Volksstämmen oftmals heftig gekämpft worden ist.

Nach der Chronik von Staßfurt befanden sich die ersten Salzwerke hinter dem Dorfe Altstaßfurt. Urkundlich wird dort ein Solgut im Jahre 1195 in einer Schenkungsurkunde des Grafen Bernhard v. Wschersleben an die Kirche zu Köllbich erwähnt. Des Weiteren ließ die Abtissin von Heddingen, Anna v. Schladen, im Jahre 1452 den großen Kunstbrunnen bauen, dem später noch der kleine Kunstbrunnen und der Schloßbrunnen folgten. Von diesen drei Brunnen erhielten die dortigen Siedehäuser bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts die nötige Sole.

Während der Zeit des Dreißigjährigen Krieges hatte auch die Staßfurter Salzindustrie schwer zu leiden. Bei der Unsicherheit der Wege wollten die Fuhrleute längere Fahrten nicht unternehmen, auch wurde die Sole damals wenig geachtet. Vorübergehend hob sich zwar der Handel mit Salz, aber vom Jahre 1730 an mehrten sich die Klagen der Pfänner (Besitzer von Anteilen an einem Salzwerk) über schlechten Absatz dauernd, so daß die Pfännerschaften den Beschluß faßten, dem Staate die Salzquoten für 100 000 Taler zum Kauf anzubieten. Die Verhandlungen mit dem Oberbergamt zogen sich aber so in die Länge, daß die Quoten erst im Jahre 1797 für 85 000 Taler in den Besitz des Staates übergingen.

Mit dem Beginn des 19. Jahrhunderts war wieder ein anhaltender Aufschwung in der Salzindustrie zu verzeichnen, so daß der Bedarf kaum gedeckt werden konnte. Im Laufe der folgenden Jahre stellte sich dann heraus, daß mit Zunahme der Bevölkerung die kleinen Salinen den Salzbedarf nicht mehr decken konnten. Für Preußen wurden die Verhältnisse fast unerträglich, weil dieses fast 25 Prozent seines Salzbedarfes vom „Ausland“ beziehen mußte, was damals für den preussischen Staat eine nicht unerhebliche Ausgabe bedeutete.

Da die Salinen nur eine leichte Sole zu verdampfen hatten, war man bestrebt, ergiebigeren Salzquellen zu entdecken. Hierbei kam man auf den Gedanken, die im Erdinneren ruhenden Steinsalzlager durch Niederbringung von Bohrlochern zu erschließen. Die ersten Versuche damit wurden im Jahre 1837 in der Nähe des thüringischen Städtchens Arttern gemacht, wobei es gelungen ist, das Steinsalzlager anzubohren. Einige Jahre später wurde dort ein Solchacht angelegt. Ermutigt durch diesen Erfolg wurde im Jahre 1839 in Staßfurt die Verdampfung von Sole eingestellt und im April desselben Jahres auf dem Hofe der damals königlich preussischen Saline die Bohrung nach Steinsalz vorgenommen. Im August des Jahres 1843 wurde in einer Tiefe von 256 Meter die oberste Decke des Salzlagers erreicht. Die Bohrung wurde jedoch im Mai des Jahres 1851 bei einer Tiefe von 581 Meter eingestellt, weil die Sole einen bitteren Geschmack hatte und sich zur Eindampfung von Speisesalz nicht eignete.

Nach dem Gutachten bergtechnischer Sachverständiger durfte aber mit dem Auffinden von reinem Steinsalz zu rechnen sein. Der damalige preussische Handelsminister ordnete deshalb das Abteufen zweier Schächte an, um Steinsalz bergmännisch gewinnen zu können. Am 4. Dezember 1851 wurde der erste und am 31. Januar 1852 der nächste Schacht in Angriff genommen. Innerhalb fünf Jahren wurde in beiden Schächten das Salzlager erreicht. Man war jedoch unangenehm enttäuscht, weil das Steinsalz von einer mächtigen Schicht buntgefärbter, leicht zerfließlicher und bitter schmecken-

der Kalium- und Magnesiumsalze bedeckt war. Um das Steinsalzlager zu erreichen, mußten die bitteren Salze abgeräumt werden. Man wußte mit diesen „Abraumsalzen“ nichts anzufangen, deshalb wurden dieselben auf Halben gestürzt. Bald jedoch wendeten die Mineralogen und Chemiker der damaligen Zeit den sich immer höher türmenden Bergen von Abraumsalzen ihre Aufmerksamkeit zu. Der Chemiker Dr. Frank erkannte, daß in diesen Abraumsalzen Kali enthalten war. Er fand auch eine Methode, wonach das Kali in leichtlöslicher Form gewonnen werden konnte.

Dr. Frank hatte die damals aufseherregenden pflanzenphysiologischen Forschungen Justus v. Liebig studiert und er erkannte auch, daß in den Staßfurter Abraumsalzen wertvolle Düngemittel in Form von Chlorkalium für die Landwirtschaft enthalten waren. Außerdem war Chlorkalium und das aus diesem herstellbare schwefelsaure Kalium ein sehr begehrtes Rohmaterial für viele chemische Produkte, welche bisher mühselig aus Aschen und organischen Substanzen gewonnen werden mußten. Durch die Entdeckung Franks war auch diesem Übelstand abgeholfen und der chemischen Industrie weitere Wege zur Verarbeitung des Kaliums gebahnt.

Heraus aus den Betrieben! Sammelt für die Kämpfenden!

Diese sich widersprechenden Anrufe stehen in der APD-Presse neben- oder untereinander, als ob es die selbstverständlichsste Sache von der Welt wäre, die gesamte Arbeiterschaft in aufgeregter Weise in den Massenstreik zu ziehen und zugleich bei diesen Streikenden für die Streikenden zu sammeln.

In diesen beiden Phrasen „Heraus aus den Betrieben!“ und „Sammelt für die Kämpfenden!“ ist schon der Zusammenbruch angekündigt. Wer denken kann, fühlt das sofort.

Dem Experiment Franks im stillen Laboratorium sollte nun bald der Fabrikationsprozeß folgen. Seine Bemühungen waren daher der Beschaffung von Kapital zum Bau einer Fabrik gewidmet. Nach Überwindung mehrerer Schwierigkeiten konnte im Jahre 1861 die erste Chlorkaliumfabrik in Staßfurt gebaut werden.

Die ersten Düngungsversuche, welche mit dem neuen mineralischen Düngemittel vorgenommen wurden, zeigten glänzende Erfolge. Deshalb konnte Dr. Frank auch bald die Landwirtschaft für die Kaliindustrie interessieren. Innerhalb kurzer Zeit war die Nachfrage nach Kalidüngesalzen so stark, daß neue Fabriken gebaut werden mußten. Das früher so sehr begehrte Steinsalz wurde kaum noch beachtet, sondern das Hauptgewicht auf die Gewinnung und Verarbeitung der Staßfurter Abraumsalze gelegt. Das Jahr 1861 ist demnach als das Geburtsjahr der Kaliindustrie zu bezeichnen.

Die Entwicklung der Industrie.

Die Industrie nahm folgende Entwicklung:

Jahr	Anzahl der Werke
1861	1
1872	2
1876	3
1879	4
1883	6
1886	7
1888	8
1890	9
1900	15
1909	53
1910	insgesamt 62

Die ersten beiden Werke waren fiskalische Werke. Sie gehörten dem Preussischen und dem Anhaltischen Fiskus. Dadurch war die Entwicklung der Industrie von vornherein in bestimmte Bahnen gelenkt. Die guten Geschäftsergebnisse der beiden Werke veranlaßten auch das Privatkapital, sich diesem jungen Industriezweige zuzuwenden. Als drittes Unternehmen kam im Jahre 1876 das Kaliwerk in Wesseregeln hinzu. Diese drei Werke bildeten in demselben Jahre die erste Chlorkaliumkonvention. Als im Jahre 1879 als viertes Unternehmen das Kaliwerk Neustaßfurt in Betrieb genommen wurde, machte sich bereits eine Überproduktion bemerkbar. Von den vier Werken wurde jedoch im Jahre 1879 die Karnallithkonvention gegründet, um der maßlosen Überproduktion ein Ziel zu setzen.

Mit der weiteren Nachfrage nach den beliebt gewordenen Kalisalzen ging auch die weitere Neugründung von Werken einher. Im Jahre 1888 erfolgte von den damals bestehenden acht Werken die Gründung des Kalisyndikats. Dieses war also der Vorläufer des heutigen „Deutschen Kalisyndikats, G. m. b. H.“

Wenn in den ersten Jahrzehnten die Wirtschaftspolitik der Kaliindustrie unter dem Einfluß der staatlichen Werke von allgemeinen volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten geleitet wurde, so änderte sich dieses, als um die Jahrhundertwende die junge Industrie die Werte des Finanz- und Spekulationskapitals wurde. Ein wahres Gründungsieber legte ein. Sollen doch im Jahre 1907 nicht weniger als 344 Kalibohrungen vorgenommen sein. Internationales Kapital hatte sich in der Kaliindustrie eingestellt und suchte in Gemeinschaft mit deutschem Kapital möglichst hohe Gewinne aus dem deutschen Kalimonopol zu ziehen. Die Ver-

suche der Schmidtman-Gruppe, welche im Besitz der Kaliwerke Wschersleben und Sollstedt waren, das Kalisyndikat zu sprengen, sind noch in unangenehmer Erinnerung. Als am 30. Juni 1909 die Erneuerung des Syndikatsvertrages nicht zustande kam, schlossen die Schmidtman-Werke in der Nacht vom 30. Juni zum 1. Juli 1909 mit amerikanischen Geschäftsfreunden einen fünfjährigen Vertrag auf Lieferung von jährlich 120 000 Tonnen Reinkali ab, bei welchem die Preise um 50 Prozent unter den Syndikatspreisen lagen. Auch die hannoversche Gewerkschaft „Einigkeit“, deren Kurzenmehrheit sich im Besitz der amerikanischen „Virginia Carolina Chemical Co.“ befand, nutzte die syndikatslose Zeit aus, um 30 000 Tonnen Reinkali nach Amerika zu verschleudern. Diese Tatsache, welche durch sinnlose Überproduktion hervorgerufen wurde, drohte der Kaliindustrie recht verhängnisvoll zu werden. Die erste Krise trat in Erscheinung. Die Mehrzahl der Werksbesitzer verlangten Staatschutz für das Kalimonopol. Nach langwierigen Verhandlungen in den Parlamenten erschien darauf

das Kaligesetz im Mai 1910.

Schon bei den parlamentarischen Beratungen zu diesem Gesetz wurden die Verstaatlichung der Werke und ein Verkaufsmonopol für das Reich unter Errichtung einer Reichshandelsstelle erwogen. Dazu ist es jedoch nicht gekommen. Immerhin wurde durch die gesetzliche Regelung die freie Verfügung des Privatkapitals über diese Bodenschätze eingeschränkt. In erster Linie wurde eine Kontingentierung des Absatzes vorgenommen, die Quoten wurden von einer Reichsbehörde, der sogenannten Verteilungsstelle, festgesetzt. Diese bestimmte zugleich, welcher Anteil des Absatzes auf das Inland und welcher auf das Ausland entfallen sollte. Es wurden ferner die Zwangssyndizierung vorgenommen und die Preise für Kalisalze festgesetzt. Besonders wurde hervorgehoben, daß bei Lieferungen nach dem Auslande die Preise nicht niedriger sein durften als die für das Inland festgesetzten Höchstpreise. Dadurch sollte eine Verschleuderung der Kalisalze nach dem Auslande verhindert werden. Im allgemeinen sollte durch die gesetzlichen Maßnahmen der unbegründeten Vermehrung der Werke Einhalt geboten werden.

Bei den damaligen Beratungen im Reichstag stellte die Sozialdemokratische Partei u. a. auch den Antrag, die Löhne der Kaliarbeiter nach dem Stande von 1909 um 10 Prozent zu erhöhen. Dieser Antrag wurde jedoch von den bürgerlichen Parteien abgelehnt. Den Unternehmern gegenüber waren die bürgerlichen Parteien jedoch zu allen Konzessionen bereit. Am deutlichsten trat dies bei der Preisfestsetzung von Kalisalzen in Erscheinung. Hierbei wurde so verfahren, daß selbst den unrentabelsten Werken mit minderwertigen Salzen noch ganz annehmbare Gewinne verblieben. Zu einer Lohnerhöhung für die Arbeiter konnten sich die bürgerlichen Parteien nicht aufschwingen; es blieb nur bei einer Lohnsicherung in der Höhe der damaligen Löhne. Außerdem wurde den Kaliarbeitern eine Entschädigung bei Stilllegung von Kaliwerken zugesprochen. Dieser Fall ist in der Vorkriegszeit nur einmal in Erscheinung getreten. Die Bestimmungen für die Arbeiter in sozialpolitischer Hinsicht sind in diesem Gesetz bedeutungslos gewesen.

Wenn durch die gesetzlichen Maßnahmen die Verschleuderung der Salze nach dem Auslande auch verhindert wurde, konnte die Vermehrung der Werke nicht eingedämmt werden. Es ist das Gegenteil von dem eingetreten, was erreicht werden sollte. Durch die im Gesetz vorgesehene Feldesteilung wurde die Handhabe zum Abteufen neuer Schächte gegeben.

Beim Inkrafttreten des Kaligesetzes hatten wir 62 Schächte und 35 Werke waren im Abteufen begriffen. Durch die Zwangssyndizierung mußte jedes Werk dem Kalisyndikat beitreten. Dadurch war den neuen Werken von vornherein ein bestimmter Anteil am Absatz gesichert. Der Absatz des einzelnen Werkes wurde dadurch immer geringer. Wenn die Unternehmer die technischen Anlagen des zuerst errichteten Werkes voll auszunutzen wollten, blieb ihnen nichts anderes übrig, als eine Feldesteilung vorzunehmen und einen neuen Schacht niederzubringen. Dieser neue Schacht wurde in den seltensten Fällen in Betrieb genommen. Es wurde vielmehr nur die Quote dieses Schachtes auf das alte Werk übertragen. Die Möglichkeit der Quotenübertragung war auch im Gesetz vorgesehen. Durch diese beiden Möglichkeiten, also Feldesteilung und Quotenübertragung, wurde der Anreiz gegeben, immer neue Schächte zu teufen, ohne daß die Notwendigkeit dazu vorlag. Wenn die Salze eines gefeuchten Schachtes nicht besonders gut waren, wurde einfach von dem Recht der Quotenübertragung Gebrauch gemacht. Die Unternehmer machten ein gutes Geschäft dabei, weil dafür bis 40 Prozent des Nettoerlöses je Doppelzentner Reinkali gezahlt wurden. Wohin unter diesen Umständen die Entwicklung geführt hat, soll durch nachstehende Tabelle veranschaulicht werden:

Die Entwicklung der Kaliindustrie nach dem Kaligesetz vom 25. Mai 1910.

Jahr	Anzahl der Werke	Gesamtabsatz in dt. Reichst.	Durchschnittlicher Absatz je W.	der im Jahre-ende beschäftigten Arbeiter
1910	62	8 578 826	138 368	?
1913	135	11 104 000	80 461	29 258
1919	206	8 120 024	39 417	45 289
1920	206	9 236 435	45 182	45 664
1921	206	9 211 468	44 984	39 589

Die Zahl der Kaliwerke stieg also von 62 im Jahre 1910 bis auf 206 im Jahre 1921. Ohne Rücksicht auf volkswirtschaftliche Erfordernisse wurden immer weitere Kalischächte abgeteuft. Erst während des Krieges im Jahre 1916 wurde ein Abteufen neuer Schächte, die im Abteufen begriffen waren, noch niedergebracht werden konnten.

Papier-Industrie

Lohnabbauforderungen in der Papiererzeugungsindustrie.

Nachdem die Lohnabbauverhandlungen in allen Lohnbezirken der Papiererzeugungsindustrie durchlaufen sind, kann man auch endlich einen Überblick über die Lohnabbauforderungen der Unternehmer gewinnen.

Von den rheinischen Lohnbezirken abgesehen, geht in den übrigen Lohnbezirken die Berechnung der Löhne vom ungelerten und Hofarbeiter aus.

Nicht berücksichtigt wurden in der Zusammenstellung auch die teilweise noch niedrigen Löhne für Abnehmer in Handelsholzschleifereien, Handpappenfabriken usw.

Der Lohnbezirk Hannover-Hamburg ist in der Zusammenstellung getrennt aufgeführt, wobei sich unter dem Bezirk Hamburg Wintzen a. d. Luhe mit befindet.

Für Ostpreußen, das dem Reichsarbeitgeberverband nicht mehr angehört, sind Lohnabbauforderungen durch die Arbeitgeber noch nicht gestellt.

Wochenverdienste der ungelerten Arbeiter bei 48ständiger Vollarbeitszeit

Table with 10 columns: Lohnbezirk, Ortsklasse I, II, III, IV, 1927, 1930, 1927, 1930, 1927, 1930. Rows include Hannover, Hamburg, Thüringen, Brandenburg, Pommern, Ostpreußen, Schlesien, Sachsen, Sappora, Westfalen, Bayern, Rheinpfalz, Hessen, Rheinland-West, Rheinl.-Nord A, Rheinl.-Nord B, Westfalen.

Beachtet man, daß von diesen Lohnsätzen die Abzüge für Steuern und soziale Lasten noch abgehen, dann dürfte es kaum einen einwandfrei denkenden Menschen geben, der ernstlich behaupten wollte, daß selbst die Löhne für 1930 in der Papiererzeugungsindustrie das Prädikat „hoch“ verdienen.

Beträgt man diese Tatsachen, dann findet man für die Lohnabbauforderungen der Arbeitgeber in der Papiererzeugungsindustrie nur dann Worte, wenn man die Reizung besitzt, mit dem Strafgesetzbuch in Kollisionen zu geraten.

Trotz dieser Handelsübungen tragen die dem Reichsarbeitsministerium unterstehenden Sachverständigen keine Bedenken, den Wünschen der Unternehmer weitgehend entgegenzukommen.

für die Lohngruppe Rheinland-Nord, Lohnbezirk A, fällt mit den Unternehmern einen Schiedspruch, wonach der Echlohn um 4 Pf. und der der übrigen Arbeitnehmer um 6 Prozent abgebaut wird.

Wir gehören bestimmt nicht zu jenen deutschen Spießbürgern, deren politisches ABC nur darin besteht, auf die hohen Gehälter der Beamten zu schimpfen und für Hülfsdiktatur zu schwärmen.

G. Stähler.

Kommunistenputsche in Mitteldeutschland.

Seitdem selbst die dümmsten Kommunisten zur Einsicht gelangt sind, daß die Weltrevolution erst am St. Nimmerleinstag stattfindet, begnügen sich die von Moskau bezahlten Strategen damit, die Notlage der Arbeiterschaft auszunutzen, diese zu wilden Streiks aufzuputschen.

Putsch in der Radeweller Rohpappenfabrik.

Die Arbeiterschaft der Rohpappenfabrik in Radewell arbeitet schon seit langer Zeit nur 3-4 Tage in der Woche. Bei den hundsmiserablen Löhnen in Mitteldeutschland langte dieser Verdienst selbstverständlich knapp zum Lebensunterhalt.

Putsch in der Cröllwitzer Papierfabrik.

Dasselbe Manöver versuchten mit Gewalt und Terror die Kommunisten auch in der Cröllwitzer Papierfabrik. In diesem Betriebe hatte seit längerer Zeit der Betriebsleiter Böfcher indirekt zu diesem Putsch mit beigetragen dadurch, daß er in fanatischem Haß die freien Gewerkschaften bekämpfte, dafür aber die Gelben desto mehr förderte.

Die KPD-Sekretäre waren sich klar, daß durch diesen Beschluß der Streik in Cröllwitz noch nicht perfekt war. Infolgedessen postierten sie am Montag, dem 5. Januar, zirka 150 Arbeitslose vor den Eingängen der Fabrik, um die zur Arbeit kommenden Betriebsarbeitnehmer mit Gewalt und unter Drohung zurückzuhalten.

Putschversuche in Ammendorf, Kerleburg und Weizenfeld.

Auch in diesen drei Betrieben hat die kommunistische KPD bisher erfolglos versucht, die Arbeiterschaft zum wilden Streik aufzuputschen.

Zur Unterfütterung dieser Aktion verteilte die kommunistische KPD vor den Betrieben eine sogenannte Sondernummer ihres „Papier-Proletariats“.

Dieser Ehrenmann behauptet in diesem Schmerensblatt ganz kahl, daß die Kollegen der Ammendorfer Papierfabrik in ihrer Belegschaftsversammlung von unserem Kollegen Wachtmann angelogen worden seien.

Diese Putsch, die nicht zum Siege, desto sicherer aber zur weiteren Verelendung der Papierarbeiterschaft führen müssen, sind nicht nur ein Produkt der gewerkschaftszerstörenden KPD, sondern eine Folge der frechen und hartnäckigen Lohnabbauforderungen des organisierten Unternehmertums in der Papierindustrie.

Im Interesse der organisatorischen Geschlossenheit der deutschen Papierarbeiterschaft in den jetzt tobenden Lohnabbaukämpfen und im eigenen Interesse für folgende kommende Kämpfe, die dann nicht nur dem Lohnabbau, sondern dem Lohnaufbau und der Verbesserung der sozialen Lage der Papierarbeiterschaft zu dienen haben, können wir der organisierten Papierarbeiterschaft nur dringend raten, derartige Putschpatolen der KPD abzulehnen und sich nicht durch diese Verbrecher an der arbeitenden Klasse in noch größeres Elend stürzen zu lassen.

G. Stähler.

Nahrungsmittel-Industrie

Zur Arbeitszeit in der Blindindustrie.

Auf Antrag der Harburger Kollegen leiteten wir mit dem Verband der Deutschen Mühlen Verhandlungen ein zwecks weiterer Verkürzung der Arbeitszeit.

Zu gleicher Zeit verhandelten unsere Harburger Kollegen örtlich. Diese Verhandlungen führten zunächst bei der Firma Brindemann & Mergell zu dem Resultat, daß in diesem Betriebe die Sechsstundenschicht eingeführt wurde.

Viele Unternehmer und Unternehmerverbände glauben, daß die Frage der Erwerbslosen für die Betriebe mit der Zustellung der Arbeitspapiere an die im Produktionsprozeß überflüssig

An anderer Stelle:

Aber man dachte in vielen Fällen nicht daran, daß die erwerbslos gewordenen Arbeitskräfte von der Allgemeinheit, in der Hauptsache von den noch arbeitenden Betrieben und den im Produktionsprozeß verbliebenen Arbeitern unterhalten werden müssen.

Ein dritter Stelle wird gesagt:

Man überseh an vielen Stellen den rektungslosen Abgrund, dem die Finanzlage fast aller Gemeinden zusehender, weil man eben nicht genug bedachte, daß das Deutsche Volk seine Erwerbslosen nicht verhungern lassen kann und deswegen für ihre Erhaltung die Gesamtheit derjenigen einzutreten hat, denen ein glücklicheres Los noch ihre Einkommensquelle erhalten hat.

Es wird dann weiter gesagt, daß die ständig wachsende Arbeitslosigkeit auch Angstlichkeit bei den noch in Arbeit Stehenden erzeugen müsse. Man halte mit dem Kauf mancher Gegenstände zurück und spare für spätere Zeiten. Diese Sätze zeigen davon, daß die Betriebsleitung dieses Werkes über das Arbeitslosenproblem sich mehr Gedanken gemacht hat, als es die meisten der Unternehmer heute tun, oder wie der vorhin erwähnte Syndikus.

Natürlich bekommen in dieser Broschüre auch die Gewerkschaften einen Seitenhieb. Anders scheint das bei Arbeitgebern nicht zu gehen. Es wird gesagt, daß die falsche Lohnpolitik, die von den Gewerkschaften und durch die staatlichen Schlichtungsinstanzen betrieben sei, die Wirtschaft mit den Löhnen über Gebühr belaste. Das habe die heutigen Zustände mit herbeigeführt. Wir wollen an dieser Stelle davon absehen, uns mit dieser Frage eingehend zu beschäftigen, und bemerken dazu nur kurz folgendes: Wir sind der Auffassung, daß hohe Löhne die Kaufkraft steigern. Die gesteigerte Kaufkraft fördert den Umsatz und erhöht den Umsatz bringt Mehrarbeit. Von dieser Auffassung kann uns auch die Broschüre nicht abbringen. Selbst Unternehmer erklären, der Lohnabbau sei nicht notwendig, aber sie müßten sich dem Zwange ihrer Organisation fügen. Diese Meinungsverschiedenheit soll uns aber nicht hindern, anzuerkennen, daß die Firma Brindemann & Mergell das Arbeitslosenproblem zusammen mit ihrer Arbeiterschaft praktisch angefaßt hat, und wir stimmen ihr zu, wenn sie in der kleinen Schrift sagt, geredet sei genug, man müsse zur Tat übergehen.

Die Firma Brindemann & Mergell ging von vornherein von dem Standpunkt aus, daß eine Erhöhung der Gesehungskosten, also ein Lohnausgleich, nicht in Frage komme. Die Arbeiter erklärten sich zur Tragung dieses Ausfalles bereit, und so konnte zur Tat geschritten werden. Die Firma sagt, sie sei sich klar darüber gewesen, daß diese Umstellung und die Einstellung von 350 neuen Arbeitskräften manche Schwierigkeiten mit sich bringen werde. Aber man ging mit dem Voratz an die Umstellung heran, daß Schwierigkeiten dazu da sind, um sie zu überwinden. Welche Erfahrungen hat nun die Firma durch die Gesehungsfindung gesammelt? Sie sagt an ausschlaggebender Stelle darüber:

„Neun Wochen liegen nunmehr hinter uns, so daß wir wohl ein Urteil darüber abgeben können, wieweit die vorher geäußerten Bedenken sich als stichhaltig erwiesen haben. Wir sind zufrieden. Selbst Schwierigkeiten kleinerer Art, die wir gefürchtet und für deren Überwindung wir uns mit gutem Willen gewappnet hatten, sind nicht eingetreten.“

An anderer Stelle stellt die Firma fest, daß die Gesehungskosten nicht gestiegen sind, ja in mehreren Wochen war die Lohnsumme sogar niedriger als früher. Ferner wird gesagt, daß durch den häufigen Schichtwechsel keine Verringerung der Arbeitsleistung eingetreten sei; damit ist der Einwand, daß die Gesehungsfindung aus technischen Gründen nicht möglich ist, widerlegt worden.

Die Firma würdigt in ihrer Schrift aber auch die Opfer, die die Arbeiter bei dem Lohnverzicht bringen. Sie sagt:

„Es ist ein kaum wieder gutzumachender Fehler, daß man in der Öffentlichkeit das ethische Moment, das in dem freiwilligen Verzicht der Arbeiter zugunsten der Erwerbslosen liegt, so wenig beachtet und für die Unterdrückung der Erwerbslosen nicht ausgenutzt hat.“

Es heißt dann, man streife heute über Vorleistung, ob zuerst der Preis oder zuerst der Lohn abgebaut werden soll. Der Streit sei zu Ende, wenn man die Freiwilligkeit auf den Verdienstverzicht der Arbeiter annehme. Wirklich heißt es dann:

„Ob die Senkung der Gesehungskosten von der Lohnseite her oder von der Seite der Soziallasten, der Steuern und öffentlichen Abgaben oder der Abschleiferung kommt, dürfte letzten Endes für den Unternehmer keine Rolle spielen.“

Das sind Gedankengänge, denen man durchaus zustimmen kann. Oft haben auch wir die Ansicht vertreten, daß erhöhte Produktion eine Senkung der Unkosten bringt. Die Arbeitgeber aber wollen das nicht gelten lassen. Hier wird es ihnen von Arbeitgeberseite selbst gesagt. - Daher vielleicht die Wut über soviel Vernunft beim Vorgehen einer Firma im Arbeitgeberlager. Recht treffend sagt die Firma an anderer Stelle:

„Man wird an der Frage nicht vorbeikommen, was auf die Dauer mit der menschlichen Arbeitskraft geschehen soll, die durch die Arbeit der Maschine überflüssig geworden ist. Man wird diese Frage verschieden beantworten können. Eines aber ist sicher: Es ist unmöglich, daß auf die Dauer Millionen von Arbeitern aus dem Arbeitsprozeß ausgeschaltet, sich mit den Almosen der Erwerbslosenunterstützung begnügen.“

Es wird hier von einem Arbeitgeber etwas ausgesprochen, worauf wir immer und immer wieder hingewiesen haben. Nicht Unterfütterung, sondern Arbeit, das ist es, was die Arbeitslosen wollen. Andere Arbeitgeber glauben die Arbeitslosigkeit dadurch beseitigen zu können, daß sie nicht nur jede Arbeitszeitverkürzung ablehnen, ja, ein Teil der Arbeitgeber will diese sogar noch verlängern, und glaubt, damit für die Arbeitslosen Arbeit schaffen zu können. Es ist erfreulich, daß es auch in Deutschland ausnahmsweise Arbeitgeber gibt, die die Lösung des Arbeitslosenproblems von dieser Seite nicht nur sehen, sondern auch praktisch zu lösen versuchen.

Die kleine Schrift enthält auf Seite 21 einen gemeinsamen Vorschlag, der in der Tariff Kommission für die Industrie zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer ausgearbeitet und zur weiteren Stellungnahme den Organisationen unterbreitet wurde. Der Stellungnahme kann hier zu der Schlussfolgerung kommen, es liege eine Vereinbarung zwischen den Tarifparteien auf zentraler Grundlage vor. Wir haben bereits einleitend gesagt, daß es zu keiner Vereinbarung gekommen ist und haben auch die Gründe dafür auseinandergesetzt. Wir beantragen uns an dieser Stelle damit, auf die einleitend

Zusammengefaßt können wir sagen, daß die Firma Brindemann & Mergell nicht nur versucht hat, das Arbeitslosenproblem zu lösen, sie verteidigt auch ihre Stellung gegenüber den Angriffen der Arbeitgeber und deren Sympotiz mit Argumenten, die von diesen kaum widerlegt werden können. Wir können nur wünschen, daß auch andere Arbeitgeber ihre grundsätzliche Gegnerschaft in dieser Frage aufgeben. Die praktische Durchführung einer weiteren Arbeitszeitverkürzung kann aber nur in gemeinsamer Arbeit und in vollem Einverständnis mit der Arbeiterschaft geschehen, wie das in Harburg der Fall war. Das ist leider in der Industrie nicht überall so.

Unsere niederrheinischen Kollegen trafen vor längerer Zeit ebenfalls an die Arbeitgeber heran, um mit ihnen über eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit zu verhandeln. Während die Firma Brindemann & Mergell ein konzernfreier Betrieb ist, handelt es sich am Niederrhein um Konzernbetriebe. Am Niederrhein lehnte man jede Verhandlung über eine weitere Arbeitszeitverkürzung ab. Als die zentralen Verhandlungen sich dann zu einem Vorstoß verdichteten hatten, der den beteiligten Organisationen zur Beschlußfassung unterbreitet wurde, da konnte der Konzern auch anders. Der Konzernbetrieb in Mannheim wartete das Resultat dieser Stellungnahme erst gar nicht ab. Die Betriebsleitung verlangte Verhandlung mit der Arbeitervertretung über eine Arbeitszeitverkürzung. Unsere Mannheimer Kollegen lehnten schon mit Rücksicht darauf, daß die zentralen Verhandlungen noch nicht beendet waren, örtliche Verhandlungen ab. Außerdem aber schenkten sie der Direktion wenig Glauben, als sie versuchte, sich einen sozialen Mantel umzuhängen. Sie kannten ihren Direktor. Ferner lagen die Verhältnisse in Mannheim wesentlich anders als in Harburg.

Parolenschmiede

„Jawohl, unsere Anweisungen bedeuten Spaltung. Wir befinden uns in einer Sackgasse, aus der wir nur durch die Spaltung der reformistischen Verbände herauskommen.“

Losowki im Dezember 1928 in Moskau.

„Und wenn wir die Parole „Regierung des Landes“ ausgeben würden, sie würden ihr folgen.“

Ruth Fischer.

Die Arbeitszeitverkürzung ist nun in Mannheim auf Anordnung des Arbeitgebers durchgeführt. Bei der örtlichen Verhandlung wurde ausgerechnet, daß durch die Verkürzung der Arbeitszeit 56 Arbeitskräfte neu eingestellt werden könnten. In Wirklichkeit sind aber nur 43 Produktionsarbeiter neu eingestellt. Davon sind bereits 5 wieder entlassen. Die Firma in Mannheim spart also durch die Arbeitsstreckung für rund 18 Arbeitskräfte den Lohn; das macht je Woche rund 700 Mark. Die Fabrik Mannheim hat, wie das Endergebnis zeigt, die Arbeitszeitverkürzung nicht aus sozialen Gründen eingeführt, sondern um dabei für sich einen Sondervorteil herauszuholen. Die Arbeiterschaft sah dieses voraus, es ist begreiflich, daß sie sich dagegen sträubte.

Soll die Arbeiterschaft schon durch Lohnausfall Opfer bringen, dann tut sie das in der Überzeugung, daß sie diese Opfer für ihre arbeitslosen Kollegen bringt, damit diese wieder Arbeit bekommen; nicht aber deshalb, damit der Arbeitgeber und noch dazu ein Betrieb, der zu dem Riesen-Trust der Öl- und Margarineindustrie gehört und der mit einem Kapital von 2,3 Milliarden Reichsmark arbeitet, Sonder Vorteile für sich einräumt. Wir sehen also auf der einen Seite in dieser Frage ein Zusammenarbeiten zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, aber auch Verständnis auf beiden Seiten für die gegebene Situation. Auf der anderen Seite hat die eine Seite ihren Sondervorteil im Auge. Es fehlt das soziale Verständnis für die Gesamtsituation. So kann es nicht gehen. E. Senkfeil.

Verschiedene Industrien

Die Hausarbeit in der Verordnung über Zellhorn vom 20. Oktober 1930.

Zellhorn (Zelluloid) wird verwendet zu Spielwaren verschiedenster Art: Kammern, Schmuckwaren, Schirmgriffen, Knöpfen, Bällen, Billardkugeln; als Isolierstoff in der elektrischen Industrie und zu vielen anderen Zwecken und Waren. Kein Wunder, wenn es verschiedentlich auch in der Hausindustrie verarbeitet wird.

Die Verarbeitung von Zellhorn ist durch dessen leichte Entzündbarkeit mit großen Gefahren verbunden. In Brand geraten entwickelt es sehr schnell Stichflammen. Wenn es sich bei Erwärmung zerseht, können auch giftige Dämpfe entstehen. Unfälle entstanden bis jetzt meistens in Kleinbetrieben.

Die leicht entfehbaren Gefahren haben zu gesetzlichen Maßnahmen geführt. Einheitslich für das Reichsgebiet geregelt war bisher nur die Verarbeitung von Zellhorn in der Hausarbeit durch die Verordnung des Reichsarbeitsmindestens vom 4. Mai 1923, abgeändert durch Verordnung vom 29. Juni 1927. Neben dieser einheitslichen Verordnung existieren noch eine Reihe verschiedenartige Regelungen durch die Länder Preußen, Bayern, Sachsen und Württemberg. Die Verschiedenheit der Regelungen bedurfte einer Umgestaltung, da sie nicht umfassend genug waren bei der gesteigerten Verwendung des Zellhorns in der Produktion und im Warenverkehr. Das zeigte sich insbesondere, als im Jahre 1929 große Mengen unsachgemäß behandelten und gelagerten Zellhorns mehrere Unfälle verursachten, die Todesopfer erforderten. Die Vorfälle waren Ursache genug, um schnellstens umfangreichen gesetzlichen Schutz für die Zellhornarbeiter zu schaffen. Die Vorarbeiten für Reichsvorschriften nahmen nach den Vorfällen 1929 eine Reihe längerer Verhandlungen und Beratungen in Anspruch. Das Endergebnis

Die Verordnung ist wie zahlreiche andere zum Schutze der Arbeiter auf § 120c GO. erlassen. Die oben angeführte Verordnung des Reichsarbeitsministers über die Hausarbeit ist in den Entwurf hineingearbeitet und verschärft worden (§ 1, Abs. 2). Dem Wunsch von Interessenten, die Verarbeitung von Zellhorn in der Hausarbeit ganz zu untersagen, wurde nicht stattgegeben, teils wegen der wirtschaftlichen Notlage der Hausarbeiter, teils, weil die Verarbeitung von Zellhorn oft nur als Ergänzung anderer Industrien (z. B. Herstellung von Schirmen, Bürsten, Stoffpuppen, Stofftieren und dergleichen) erfolgt. Auch sind in der Hausindustrie bisher nur vereinzelt Unfälle vorgekommen. Für die Hausarbeiter kommen nur einige der allgemeinen Vorschriften in Frage, bei denen dieses ausdrücklich hervorgehoben ist. Außerdem gelten die Sondervorschriften in den Paragraphen 13 bis 17.

Auf die Gründe, die für die Verbehaftung der Hausarbeit sprechen, ist oben hingewiesen. Die Paragraphen 13 bis 17 fassen im wesentlichen die Vorschriften für die Hausarbeit zusammen:

§ 13.

Meldepflicht für die Hausarbeit. Wer Zellhornwaren durch Hausarbeiter bearbeiten oder sonst für den Verkauf oder Versand herrichten läßt, ist verpflichtet, bei Beginn der Arbeit die genaue Wohnungsanschrift des Hausarbeiters sowie etwaige Änderungen dem zuständigen Gewerbeaufsichtsbeamten mitzuteilen.

Die Meldepflicht nach § 12 des Hausarbeitsgesetzes bleibt unberührt.

§ 14.

In der Hausarbeit unzulässige Arbeiten. Die Ausgabe von Zellhorn an Hausarbeiter ist insoweit verboten, als eine Bearbeitung

- a) durch Feilen, Schaben, Bohren oder andere Verrichtungen, bei denen Zellhornabfälle entstehen;
b) durch Anwärmen oder Weichmachen mittels künstlicher Wärme, ausgenommen mit heißem Wasser;
c) unter Verwendung feuergefährlicher Flüssigkeiten notwendig wird.

Filmstreifen oder Filmabfälle dürfen weder bearbeitet oder verarbeitet noch verpackt oder sonst hergerichtet werden.

Der Gewerbeaufsichtsbeamte kann Ausnahmen von Abs. 1 zulassen, wenn in Räumen gearbeitet wird, die mit Wohn- oder Küchenräumen in keiner Verbindung stehen. Die Ausnahmebewilligung ist schriftlich zu erteilen; sie kann an Bedingungen geknüpft werden.

§ 15.

Besondere Schutzvorschriften.

Der Hausarbeiter darf jeweils Zellhorn nur im Gesamtgewichte von höchstens 5 Kilogramm in der Wohnung vorrätig halten.

In den Arbeitsräumen darf nicht geraucht werden.

Rüchen dürfen nicht als Arbeitsräume benutzt werden. Der Gewerbeaufsichtsbeamte kann ihre Benutzung zulassen, wenn ausschließlich fertige Waren zum Verkauf oder Versand hergerichtet werden. Die Ausnahmebewilligung ist schriftlich zu erteilen; sie kann an Bedingungen geknüpft werden.

§ 16.

Unterweisung der Hausarbeiter.

Die Gewerbetreibenden haben die Hausarbeiter bei der erstmaligen Übergabe mindestens alle drei Monate auf die Gefährlichkeit des Zellhorns aufmerksam zu machen. Sie haben ihnen einen Abdruck des vom Reichsausschuß für Zellhorn aufgestellten Merkblatts für Hausarbeiter sowie einen Anschlag „Rauchen ist streng verboten!“ auszuhändigen. Dieser Anschlag ist von dem Hausarbeiter am Eingang zu seinem Arbeitsraum an sichtbarer Stelle auszuhängen.

Die Gewerbetreibenden sind verpflichtet, sich in angemessenen Zwischenräumen, mindestens alle sechs Monate, persönlich oder durch Beauftragte davon zu unterrichten, daß die Vorschriften dieser Verordnung befolgt werden.

§ 17.

Beschäftigungsverbot.

In der Werkstätte eines Hausarbeiters, der wegen Zuwiderhandlung gegen diese Verordnung zweimal rechtskräftig verurteilt worden ist, ist die Verarbeitung von Zellhorn verboten.

Die Meldepflicht des § 13 ist wesentlich für die Überwachung der Hausarbeiter. Dabei ist nicht nur der Hausarbeit ausübende Unternehmer oder Zwischenmeister verantwortlich, sondern nach § 12 HAW. auch der Hausarbeiter.

Die im § 14, Abs. 1, verbotenen Arbeiten sind schon seit zehn Jahren durch Vorschriften des Landes untersagt. In solchen Arbeiten gehört z. B. das Bemalen von Puppenköpfen mit brennbaren Flüssigkeiten, besonders durch Farbspritzpistolen. Die Verarbeitung von Filmstreifen oder Filmabfällen in der Hausarbeit (§ 14, Abs. 2) ist schon seit 1927 verboten.

Das Arbeiten in den Wohnküchen ist grundsätzlich verboten (§ 15, Abs. 3). Einfache und gefahrlose Arbeiten, z. B. Anheften von Knöpfen auf Kartenblätter usw., können nach § 3 auch in Wohnküchen vorgenommen werden. Anträgen, die für den Hausarbeiter zulässige Höchstmenge zu lagernden Zellhorns von 5 Kilogramm weiter herunterzusetzen, wurde nicht entsprochen. Bedenkt man, daß die Hausarbeiter oft stundenlange Wege bis zur Ausgabestelle zurücklegen haben, und daß unter Umständen 5 Kilogramm Zellhorn schon in zwei Tagen verarbeitet sind, so ist die Ablehnung der Anträge verständlich.

Ein Merkblatt wird die besonderen Vorschriften, die von den Hausarbeitern zu beachten sind, zusammenfassen. Den Gewerbetreibenden ist zur Innehaltung und Durchführung der Verordnung Mitwirkung und Mitverantwortung auferlegt.

Nach § 10, Abs. 2, HAW. kann die Verrichtung gefährlicher Arbeiten in der Hausarbeit zwar allgemein durch Verordnung verboten werden, aber nicht durch Verfügung für den einzelnen Fall. Es konnte daher nur allgemein vorgeschrieben werden, daß die Arbeit in Werkstätten, deren Inhaber mehrmals gegen die Verordnung verstoßen haben und bestraft worden sind, zu verbieten ist (§ 17). Das beantragte Verbot der Kinderarbeit wurde abgelehnt. Es kann bei Notwendigkeiten für die einzelne Werkstätte nach § 6 HAW. ausgesprochen werden.

Als Strafbestimmung für die Hausarbeit kommen im Falle der Zuwiderhandlung gegen die Verordnung die Paragraphen 49, 50 oder 52 des Hausarbeitsgesetzes in Frage; außerdem die entsprechenden Paragraphen der

Unterhaltung, Wissen und Bildung

Herr Knocks erlaubt sich einen Spaß.

Tragikomödie in 3 Akten von Heinz Bach.

Nachdruck verboten.

1. Akt.

Am 15. Januar war in der Markenkontrolle einer in der Nähe Pittsburgs, USA, liegenden Kohlenzeche folgende Bekanntmachung angeschlagen:

Mister Knocks stiftet anlässlich seines 35jährigen Geschäftsjubiläum einen Betrag in Höhe von

50 000 Dollar.

der ungefeilt einem Arbeiter der Zeche zufallen soll. Die Feststellung des Stiftungsempfängers wird durch eine Verlosung ermittelt. Die näheren Bedingungen, die sich an den Erhalt des Betrages knüpfen, werden dem glücklichen Gewinner durch Mister Knocks persönlich mitgeteilt. Arbeiter über 50 Jahre und solche, die nicht seit mindestens fünf Jahren auf der Zeche beschäftigt sind, sowie Farbige sind von der Verlosung ausgeschlossen. Die Auslosung erfolgt am 18. Januar durch Mister Knocks persönlich. Herren der Direktion und Vertrauensleute der Arbeiter-Betriebskontrolle fungieren als Beisitzer. Das Ergebnis wird spätestens nachmittags 2 Uhr bekanntgegeben. Der Gewinner hat sich sofort bei Mister Knocks zu melden. Die Verlosung geschieht folgendermaßen: Jeder Arbeiter, der zur Verlosung zugelassen wird, erhält eine Losnummer, deren Doppel zur Auslosung gelangt.

Datum. Knocks, Präsident.
Kopf an Kopf gedrängt standen die Arbeiter vor der Anschlagtafel. Keils erkannt, misstrauisch oder ihre Wiße machend, lafen sie schwerfällig den spleenigen Text der Bekanntmachung. Ein besonders Wüßiger meinte: „Ihr habt ja alle ein Breif vom Kopf — haba — und ein schwarzes noch dazu — haba — alles Schwindl. Jawohl — ich kenne das — hibi.“ — „Halt's Maul, alter Kohlschricker“, knurrte ein anderer, „50 000 sind 50 000! Schwing dich! Sonst mach ich dir Beine! — Mensch, 50 000!“

2. Akt.

Am 18. Januar, nachmittags 4 Uhr, stand David Russel, Losnummer 8666, Belegstiftungsnummer 7578, im Privatkontor des Mister Knocks:

Knocks: „Ich gratuliere Ihnen!“
Russel: „Wo sind die 50 000?“
Knocks: „Wie oft? Wie lange auf der Zeche beschäftigt?“
Russel: „35 Jahre, — 18 Jahre.“
Knocks: „Verheiratet? Kinder? Eltern?“
Russel: „Unverheiratet. — Eltern tot. — Wo sind die 50 000?“
Knocks: „Herkauf?“
Russel: „Baker Schotte, Mutter Deutsche.“
Knocks: „Also gut. Passen Sie auf! — Sie werden doch einsehen, daß ich die 50 000 Dollar nicht so ohne weiteres zum Fenster hinauswerfe. Das tut kein Mensch — und Mister Knocks schon lange nicht. Sie kommen eben aus dem Schacht, nicht wahr? — 18 Jahre sind Sie Bergarbeiter gewesen. Keine angenehme Sache — gebe ich zu. Wüssten Sie einmal aus dem Schacht heraus und ein Jahr lang den großen Herrn spielen?“

Russel: „Wo sind die 50 000?“
Knocks: „Sie erhalten die 50 000 unter folgenden Bedingungen:
Am 1. Mai treten Sie eine Weltreise an. Mein Sekretär wird Sie begleiten und Ihnen alle Plätze an abnehmen. Sie sollen nettmäßig sein und glücklich werden — außers glücklich. — Jawohl. Die Reise ist nach 12 Monaten beendet. Bis dahin müssen die 50 000 Dollar ausgegeben sein. — Sinnvoll ausgeben — verstehen Sie! — Schöne Frauen — alles, was Sie sich wünschen. Mein Sekretär wird alles kontrollieren. Zwei Tage nach Beendigung Ihrer Weltreise arbeiten Sie wieder im Schacht und nach acht Tagen Schachtarbeit auf der 1200-Meter-Echle melden Sie sich bei mir und sagen mir, was Sie dann denken. — Also: Weltreise — 50 000 Dollar ausgeben — Schachtarbeit — bei mir melden! Die Zeit bis zum 1. Mai benutzen wir dazu, um aus Ihnen einen vollkommenen Gentleman zu machen. Top! Schlagen Sie ein. Ich gebe Ihnen eine Chance. Bin Menschenfreund und obendrein macht es mir Spaß.“

Russel: „Das sind also die 50 000!“
Knocks: „Denken Sie daran — ein Jahr lang Erholung —! Ein anderer hätte sofort ja gesagt. Oder wollen Sie wieder einfahren? — ha?“
Russel: „Ich — nehme — die — Bedingungen an.“
In David Russels Augen brannte ein hungerndes, hintergründiges Feuer. „Sonne“, dachte er, „ein Jahr lang Sonne!“ — Erst jetzt sah er sich seinen Wohlstand genau an. Mittelgroß, schwammiges Gesicht, wägrige Augen. Sehr wohlbeleibt. (Wohlfühlte Leute behaupteten, Mr. Knocks habe schon seit 12 Jahren seine eigenen Zähne nicht mehr gesehen.) — Wir wissen nicht, was David Russel in diesem Augenblick dachte.

3. Akt.

Es kam, wie es kommen magte. Aus David Russel war ein nettmäßiger Gentleman geworden. Er lernte leicht und gern und war seinen Lehrern ein aufmerksamer und williger Schüler. Er lernte rasen, Golfspielen, Komplimente machen, kurzum, alle jene Dinge, die man braucht, um vernachlässigt kommen zu lazen. up to date oder gentlemanlike zu sein. — Und doch stand er diesen nettmäßigen Dingen sehr fern. Ein Rest der angeborenen Ehrbarkeit und eigenwilligen Ezigkeit des Charakters wollte nicht weichen.

In frühen Stunden dachte er an das Ende der Reise, an den Schacht, an alles, was ihn mit Vergangenheit und Zukunft belastete. Dann schlug seine Stimmung wieder um, und in lammender Genug- und Sinnlosigkeit verfuhrte er jeden geistlichen Gedanken zu unterdrücken. Er sah Europa, Berlin, Paris, Madrid, alle großen Städte, elegante Badorte — Afrika — Indien — Lebensfreudig und mit der Innerlichkeit eines unverbrauchten Menschen genest er alles, was sich ihm in diesen 12 Monaten bot. Seine Bewegungen waren leichter geworden, seine durch harte Arbeit erworrene Körperkraft beschäftigte er spielend in allerlei Sportarten. Die Frauen bewunderten ihn und fanden ihn interessant, so natürlich, so stark, und machten ihm allerhand Komplimente. Die Männer haben ihm neiderfüllt nach, wenn er sich elegant und infinktierten Gemeind und voll verhaltenen Kraft zwischen der müden Bekand der Gesellschaft bewegte. — Aber das nettmäßige Pläzieren in seinen Augen und den dafferen Ernst, der sich oftmals wie ein Schatten über sein Gesicht legte, das sah niemand.

Die Reise war zu Ende. Der Sekretär hatte ihn verlassen. Die 50 000 Dollar waren ausgegeben. David Russel schenkte kein altes Wohngemach mit den Restanden und den schönen Dingen, die er mit heimgebracht hatte. Ordnungsgemäß trat er am ersten Tage nach der Rückkehr seinen Dienst wieder an. Ernst und unverwundlich verfuhrte er seine schwere Arbeit auf der 1200-Meter-Echle. Am zweiten Tage lag er bei Mister Knocks melden.

Mister Knocks: „Erzählen Sie mir, was Sie jetzt denken?“
Russel: „Es war sehr schön. Ich war in Afrika und dort z. B. habe ich —“

Mister Knocks: „Schon gut, schon gut! Ich will wissen, was Sie jetzt in diesem Augenblick denken! — Das ist mein Spaß für 50 000 Dollar! — Was Sie jetzt im Schacht denken!“

David Russel schob sehermal. Kaliber 7,5. Drei Schäfte; lagen im Band, zwei in der Hand und zwei dicht nebeneinander in der Echle.

Die Jury mußte David Russel unter dem Druck der öffentlichen Meinung freisprechen. Er soll Anarchist geworden sein.

Nachdem Herr Meier diese Geschichte gelesen hatte, sagte er zu seiner Auguste: „So eine unwahrscheinliche und erfundene Geschichte!“ Dann trank er seinen Kaffee aus und war mit aller Welt und insbesondere mit sich selbst sehr zufrieden. Damit soll diese kleine Tragikomödie einen heiteren Ausgang nehmen — (in bezug auf Herrn Meier, wohlgerührt!) —

Der Wandschoner.

Von Lola Rösz.

Aus dem Ungarischen von Alexander von Sacher-Masoch.
Die Ladenglocke klang. Der Ton dieses kleinen, schwärzlichen Glöckchens war still und feierlich, als läukete er ein Fest ein. Die Türe öffnete sich kreischend und der Kaufmann trat zwischen den Farbfässern hervor.

„Sie wünschen, bitte?“
Die Eintretende war eine magere, knochige Frau, etwas langnasig, ein wenig ergraut. Ihre Finger erinnerten an ausgelebte, oft verknote Stricke. Aber ihr Gesicht verstrahlte ein demütiges Lächeln. Sie hüllte sich fester in ihr schwarzrot kariertes Tuch und sah sich zögernd im Laden um.

„Sie wünschen, bitte?“ wieder, olte der Kaufmann.
„Einen Wandschoner möchte ich“, sagte die Frau. „Einen Wandschoner aus Papier, wissen Sie, einen einfachen mit Bild, um ihn an die Küchenwand zu nageln, damit der Mörtel nicht in das Essen fällt. Bei uns regnet der Mörtel nur so von der Wand.“
Der Kaufmann zog aus dem untersten Regal des Pulles eine große Papierrolle hervor und legte sie vor sie hin.

„Suchen Sie sich einen aus.“
„Ich werde nur einen ganz billigen kaufen“, sagte die Frau. „Einen ganz billigen, bitte, und es lohnt sich nicht erst zu wählen, es ist ja so gleich, was darauf ist. Und dann habe ich auch große Eile, denn wenn ich mit der Wäsche heute vormittag nicht zurechtkomme, dann muß ich die Arbeit spät abends nachholen.“

Und sie zog den ersten heraus.
„Was kostet der?“
Sie ließ aber die Rolle gleich wieder zurückgleiten mit rotem Gesicht, denn auf dem ersten war eine fast nackte Frauensperson zu sehen und ein schwarzgelockter und ziegenbeiniger Mann, der die Frauensperson anlächelte.

„Wissen doch nicht. Ich habe Kinder und will nicht, daß sie dabei so etwas sehen. Sie lernen sowieso genug Gemeinheiten außer Hause.“
„Na, sehen Sie“, sagte der Kaufmann, „daß Sie doch wählen müssen.“

Er lachte.
Die Frau legte die Markttasche ab, um die Hände freizuhaben. Aber war das nicht schrecklich? Lauter Wandschoner, bei deren Anblick ihr Gesicht immer röter wurde und der Kaufmann immer kräftiger lachte.

„Ich begreife das nicht!“ sagte er. „Jeden Tag kaufen zehn oder zwanzig Leute Wandschoner und keiner hält sich darüber auf, wie gerade Sie! Nehmen Sie diesen! Der ist schön.“
Und er zeigte auf den nächsten, auf dem der Stier Europa entführte durch einen blauen Wald.

„Ost behüte“, antwortete die Frau, „meine Kinder würden schlecht davon träumen.“
Es wurde ihr mehr und mehr klar, daß es nicht so einfach sei, einen Wandschoner zu kaufen. Sie hatte auch ihr Tuch bereits abgelegt. Jetzt folgten Jagdbilder, die waren auch nicht gut. Die Bengels waren ohnedies so wild und die Mädchen sehen dergleichen nicht gerne.

„Haben Sie nur solche Wandschoner? Ist nichts anderes da?“
„Über gewiß!“ ermutigte sie der Kaufmann. „Sie müssen nur weiterblättern.“

Die Frau blätterte weiter. Sie überschlug schnell ein paar Soldatenbilder mit diesem Text: „Wenn sie zur Kavalle blasen.“ Auf dem nächsten stand: „Vorwärts!“ — Aber auch das war schrecklich, denn in der linken Ecke des Bildes saß ein bärtiger Reiter gerade mit einem Säbel einen blaufungen Soldaten nieder. „Das auch nicht!“ sagte die Frau leise.

„Man weiß ohnedies nicht, welches Schicksal die Jungens haben werden. Weshalb das Schreckliche schon jetzt vor Augen haben?“
Und sie legte auch diesen Wandschoner fort, langsam, mit zitternden Fingern und senzte still.

Allmählich klärte sich ihre Miene auf. Es folgten Blumenstücke und Obstkörbe.
„Davon will ich einen nehmen“, sagte sie. „Das sind ja auch vermutlich die billigsten.“

„Gehen Sie sich jetzt schon die ganzen an“, ermunterte sie der Kaufmann, „wenn wir gerade dabei sind.“
„Soll ich n ansehen? Glauben Sie?“

Und sie blätterte weiter. Sie begann schamhaft und verwirrt zu lachen, denn es war wirklich ein dummes, aber doch komisches Bild, das folgte. Eine dicke Kochin, die den Kuchen gerade einem Mann an den Kopf warf.

„Geschicht ihm recht“, sagte sie. „Gewiß hat er es verdient.“
„Gehen Sie, das gefällt Ihnen wieder“, sagte der Kaufmann lachend. „Ich dachte gleich, daß auch Sie nicht besser sind als die anderen Frauen und zu Tieren gut sind, nicht aber zu Männern. Kaufen Sie also den und die Sache geht in Ordnung.“

Über die Frau verneigte nur stumm mit dem Kopfe und blätterte weiter. Jetzt folgten lauter komische Bilder. „Lieber Gatte, komm noch nicht, ach, verbrannt ist das Gerich!“ „Oder: Lieber Gatte, komme gleich, denn der Blumenkohl ist weich!“

„Das ist ein Paar“, erklärte der Kaufmann. „Das eine an die eine Wand, das andere an die andere Wand. Ich lasse Ihnen beide billig.“

Die Frau lachte noch über einen Schornsteinfeger, der durch den Rauchfang gerade in den Suppentopf fiel, dann wechselte ihre Miene und wurde mild und gütig. Denn auf den Wandschonern kamen jetzt lauter Kinder. Sie spielten draußen auf der Wiese. Es war nur schade, daß sie alle häßliche Gesichter hatten, schief und aufgequollen, außerdem hatte der Wandschoner seitlich einen Riß.

Man mußte noch weiter blättern.
Und jetzt reckte sich die Frau ein wenig auf, stellte sich von einem Fuß auf den anderen und sah stumm und starr auf das Bild. Es war nichts Besonderes darauf. Sinken fern die Kette der Berge, seitlich ein Wäldchen, unten im Tal ein paar kleine Hüften, neben den Hüften floß ein Bächlein vorbei. Eine kleine Brücke führte darüber und es stand dies darauf: „Heimatdorf...“

So, mit drei Punkten.
Die Frau schluckte einmal. Ihre Hand fiel auf das Pullover, mit dem Wandschoner zwischen den schwierigen Fingern. Ihre Lippen bebten. Sie wollte sprechen, konnte aber längere Zeit nicht. Sie sah auf die Berge, das Wäldchen, den Bach, die Brücke und auf die kleinen Häuser herab. Endlich sagte sie ganz leise mit heiserer Stimme:

„Das. Das.“
Und sie zog den Bogen zwischen den anderen hervor.
„Was kostet er?“

Der Kaufmann warf einen Blick in die Ecke des Bildes, wo mit Bleistift etwas vermerkt war.
„Das ist der teuerste Wandschoner“, sagte er, „weil es der feinste und haltbarste ist. Der ist, wissen Sie, auf Leinwandpapier. Wenn er naß wird, schadet es nichts. Es ist ja wahr, daß er doppelt soviel kostet, wie etwa der Schornsteinfeger, der auch schon seine Ware ist. Aber wenn Sie einen billigen wollen, kaufen Sie doch einen der Obstkörbe. Um denselben Preis gebe ich Ihnen auch das Bilderpaar dort.“

Die Frau ließ das Bild los und senkte den Kopf. So stand sie eine kleine Weile. Dann durchblättere sie wieder die Obstkörbe. Sie begann einen herauszuziehen.

Aber als ihr Blick wieder auf die Berge und Wälder fiel, die dort auf dem Pullover lagen, wurden ihre Hände plötzlich schlaff. Ihr Gesicht wurde traurig und dennoch lächelte sie. Ein seltsames Leuchten kam in ihre Augen und sie sagte eilig:

„Diesen. Ich zahle den Preis.“
Der Kaufmann antwortete nicht. Er nahm den teuersten Wandschoner, rollte ihn zusammen, schlug ihn in Papier ein und überreichte ihn ihr. Die Frau schob ihn vorsichtig in ihre Einkaufstasche, damit er nicht beschmutzt oder zerdrückt werde zwischen den Kartoffeln und Tomaten. Jetzt zahlte sie und ging. Die Türlocke lautete wieder leise und feierlich, als verkündete sie einen Festtag. Sie schwang aus und verstummte.

Hinter dem Ladenpult saß, die ausgebreiteten, übereinander liegenden Wandschoner vergessend, der Kaufmann auf seinem niederen Stuhl, den Kopf in die Hände gestützt, die mit Farbe beschmiert waren.

Es war still im Laden. — — — Heimatdorf.

Großstadtkinder.

Enge Straßen, dumpfe Häuser, Wenig Sonne, viel Gefahren, Aufenthalt für Großstadtkinder, Tag für Tag, Jahrein, jahraus, Selbst die karge Lebensnahrung können viele nicht erhalten. Wie das Wachstum es verlangte, Weil zu Haus herrscht bitter Not, Vater wird durch Zwang gehindert, Brot für sich und für die Seinen Durch die Arbeit zu erwerben. Kleidung für des Leibes Blöße fehlt für alle. — Welch ein Hohn! In Geschäften aufgestapelt Ware liegt in Still und Fülle. Sehnlichstvoll die Blöße schweifen Nach den vielen Herrlichkeiten. Unsichtbar steht es geschrieben: Nicht für dich, nein, für die Reichen Wird der Überfluß geschaffen. Armes Kind, du mußt enstagen. Doch ein Trost ist dir geblieben: Immer wird es nicht so sein! Denn geheimnisvolle Kräfte Sind am Werk, das ungerechte, Unheilbringende System Zu stürzen. Halte deine Augen offen Um zu sehen; Laß den Rostschrei der Bedrückten Ohne Wirkung nicht verhallen! Fühl den Schmerz mit deinesgleichen, Reiche keine Hand zum Bunde! Nur wenn Kraft vereint mit Wille, Kann ein großes Werk gelingen, Und für dich und deine Kinder Bringt die Zukunft Sonnentage.

Karl Jirschik.

Humoristische Ecke.

Bevölkerungsproblem.

Als im Reichstag einmal die Bevölkerungsfrage in Stadt und Land besprochen wurde, sagte ein ländlicher Abgeordneter: „Hohes Hans! Die Vermehrung der Bevölkerung auf dem flachen Lande vollzieht sich auf eine ganz natürliche Weise. Ich werde Ihnen gleich zeigen wie.“

Landwirtschaftsfragen im Reichstag.

Ein Redner führt aus: „Das Gesetz begünstigt auch hier wieder die Großgrundbesitzer, denn diese sind es, die am meisten an der Maul- und Klauenseuche leiden.“

In heftiger Oppositionsrede erklärte ein Abgeordneter: „Die Konzeption will ich allerdings den Agrariern machen, daß das Schicksal Deutschlands bzw. der deutschen Jugend in der Hand der Milchkühe liegt!“

Ein dritter Redner erklärte: „In diesen Gegenden ist das Schwein die Mutter der armen Leute.“

